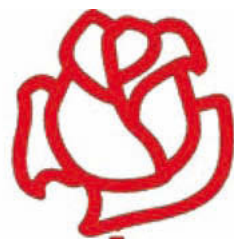


Monatsspiegel



September 2010



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

140 Jahre SPD Erlangen

In diesem Jahr – am 30. Januar – jährte sich zum 140. Mal die Gründung der ersten sozialdemokratischen Organisation in Erlangen. Am 11. September feiert die Erlanger SPD ihren Geburtstag mit einem Fest auf dem Neustädter Kirchenplatz. Aus diesem Anlass soll im Folgenden ein Überblick über die Geschichte der Erlanger SPD gegeben werden.

Dabei kann und will dieser Artikel nur ein kurzer Abriss über die Geschichte der Erlanger SPD sein. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Erlanger SPD bis in die 1980er Jahre findet sich im Buch „... daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist... 120 Jahre Sozialdemokratie in Erlangen“. Eine Darstellung von den 70er Jahren bis heute wird gerade vom „Historik-AK“ der Erlanger SPD erarbeitet. Die Geschichte der Stadtratsfraktion bis 1959 hat – ebenfalls in einem Abriss – Norbert Fuchs vergangenes Jahr aus Anlass von deren hundertjährigem Bestehen aufgearbeitet; die Darstellung ist im Monatsspiegel Dezember 2009/Januar 2010 erschienen. Der folgende Text basiert wesentlich auf diesen Quellen.

Die Anfänge der Erlanger Sozialdemokratie

„Erschienen

- 1) Schreiner Johann Werner
- 2) Kammacher Konrad Muschweck
- 3) Schumacher Peter Langfritz

und zeigen an, daß sich unterm Gestirgen ein social-demokratischer Arbeiterverein dahier gegründet hat und daß sie die gegenwertigen Vorstände sind.

Die Versammlungen sind regelmäßig an den Samsagen Abend 8 Uhr bei Gastwrith Deichert dahier.

Die Statuten werden von den Vorständen übergeben.

Johann Weber
Konrad Muschweck
Peter Langfritz

g. Rother“

So bürokratisch kommt das Dokument daher, das die Gründung der ersten sozialdemokratischen Organisation in Erlangen belegt. Veranstaltungen der Sozialdemokratie hatte es in der Stadt schon zuvor gegeben. Mit der Vereinsgründung am 30. Januar 1870 wurden diese Wur-

■ Von Philipp Dees

Referent für den Monatsspiegel



zeln in eine Organisation überführt, mit der die Geschichte der Erlanger SPD „offiziell“ beginnt.

Der Erlanger Arbeiterverein ordnete sich der ein knappes halbes Jahr zuvor von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) zu. Diese war am Marxismus ausgerichtet und vertrat damit die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, verstand sich als Teil der „Internationale Arbeiterassoziation“ (der „Ersten Internationalen“) und forderte eine umfassende Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Aus der SDAP ging 1875 durch den Zusammenschluss mit dem 1863 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ die „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ hervor, die sich 1890, nach dem Ende der

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

11.09.	14:00	Rundgang zur Geschichte der Erlanger SPD	August-Bebel-Haus (Treffpunkt)	S. 28
11.09.	16:00	Jubiläumsfest der Erlanger SPD	Neustädter Kirchenplatz	S. 28
14.09.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 25
14.09.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 27
15.09.	18:00	AsF: Konsumkritische Stadtführung	Dritte-Welt-Laden (Treffpunkt)	S. 27
16.09.	20:00	Sonder-Kreismitgliederversammlung	Sportgaststätte „Zur Wied“	S. 5
21.09.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
21.09.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsitzung	Kulisse	S. 24
21.09.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 24
22.09.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 24
23.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 5
28.09.	20:00	Jusos: Unterbezirkskonferenz	August-Bebel-Haus	S. 27
06.10.	20:00	Distrikt Anger/Bruck: Distriktsversammlung	FSV Bruck	S. 23
12.10.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 25

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12:00 Uhr
Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und
Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Sozialistengesetze, in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ umbenannte.

Der Erlanger Zweig der SDAP, der „Sozialdemokratische Arbeiterverein“, war durchaus erfolgreich. Die Mitgliederzahl stieg, öffentliche Veranstaltungen waren gut besucht. Zu kämpfen hatte die Organisation aber mit den Repressionen durch die Obrigkeit, die 1874 im Verbot des Arbeitervereins gipfelten.

Die Erlanger Sozialdemokraten setzten ihre Arbeit allerdings trotz der Repressionen und des Verbotes fort, es gab weiterhin Versammlungen in der Stadt, die allerdings mehrfach verboten oder aufgelöst wurden.

Die Situation für die Sozialdemokratie verschärfte sich, als mit dem „Sozialistengesetz“ die SAP im Deutschen Reich verboten wurde. Allerdings konnte auch dies nichts an den Erfolgen der Sozialdemokratie ändern: 1881 errang mit Karl Grillenberger in Nürnberg erstmals ein Sozialdemokrat aus Bayern ein Reichstagsmandat. Auch in Erlangen wurden die Aktivitäten aus der Illegalität heraus fortgesetzt, standen allerdings wie schon in den Jahren zuvor unter permanenter Beobachtung und waren mit Bestrafung von Aktivisten bis hin zur Ausweisung bedroht.

Aufstieg ab 1890

Mit dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 konstituierte sich auch die Erlanger Sozialdemokratie neu. Im März 1890 – noch vor dem offiziellen Ende des Sozialistengesetzes – wurde der „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“ mit gut 100 Mitgliedern gegründet. Über die Parteiarbeit in den 1890er Jahren ist verhältnismäßig wenig bekannt, Veranstaltungen wie die ab 1890 durchgeführten Maifeiern waren aber gut besucht.

1906 gründete sich mit dem „Weiblichen Bildungsverein Erlangen“ erstmals eine Frauengruppe in der Erlanger Arbeiterbewegung, die kurz darauf in „Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ umbenannt wurde. Die Mitgliedschaft in politischen Organisationen war für Frauen zu diesem Zeitpunkt verboten, so dass sie in der Erlanger SPD nicht direkt mitwirken konnten. In den Erlanger Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiterbewegung waren Frauen durchaus vertreten, bei den Gewerkschaften stellten sie 1913 18 Prozent der Mitglieder. Wie sich die Mitgliederanteil der Frauen in der Erlanger SPD nach der Aufhebung des Verbots der Mitgliedschaft in politischen Verei-

nigungen 1908 entwickelte, ist nicht bekannt.

Auch bei Wahlen war die Erlanger SPD erfolgreich: 1898 gewann der Fürther Martin Segitz das Reichstagsmandat im Wahlkreis Erlangen/Fürth/Hersbruck erstmals für die SPD, schon zuvor waren sozialdemokratische Kandidaten – darunter mehrfach August Bebel – erst in Stichwahlen gescheitert. Ab 1907 vertrat mit Sigmund Freiherr von Haller erstmals ein Sozialdemokrat die Stadt Erlangen im Bayerischen Landtag.

1909 betrat die Erlanger SPD dann auch die kommunalpolitische Bühne: Erstmals zogen Sozialdemokraten in das „Kollegium der Gemeindebevollmächtigten“, den Vorläufer des Erlanger Stadtrates, ein. Zwei Jahre darauf, 1911, vertrat Anton Hammerbacher die SPD auch im Magistrat, dem Exekutivorgan der Stadt. Ein Jahr später stellte die SPD bereits ein Drittel der Erlanger Gemeindebevollmächtigten.

Das späte Erscheinen der SPD in der Erlanger Kommunalpolitik erklärt sich aus zwei Faktoren: Zum einen das Wahlrecht, das an das Bürgerrecht gekoppelt war, für dessen Erwerb hohe Gebühren anfielen. Viele Arbeiter konnten sich diese Gebühren nicht leisten und blieben von den Wahlen ausgeschlossen; der von den Sozialdemokraten geschaffene Sparverein konnte diese Hürde nur in gerin-

gem Umfang senken. Der zweite Faktor für die späte kommunalpolitische Präsenz war die große Skepsis der SPD gegenüber der Kommunalpolitik. Man maß der Politik auf Reichsebene eine deutlich höhere Bedeutung für die Realisierung der sozialistischen Forderungen zu und vernachlässigte entsprechend die kommunale Ebene. Dies änderte sich erst im Laufe der 1900er Jahre, 1910 beschloss die bayerische SPD auf ihrem Landesparteitag in Erlangen ein ausführliches kommunalpolitisches Programm.

Revolution und Weimarer Republik

Am 8. November 1918, unmittelbar nach der Revolution in München, übernahm auch in Erlangen ein „Arbeiter- und Soldatenrat“ die Macht. Der Schwerpunkt bei den Mitgliedern lag auf Aktivisten aus den Gewerkschaften, die SPD stellte im Arbeiterrat nur 3 Vertreter (wobei allerdings viele Gewerkschafter zugleich Mitglieder der SPD waren). Vertreten wurde eine gemäßigte, am Kurs der Führung der MSPD in Berlin orientierte Position, die sich deutlich von den revolutionären Bestrebungen Kurt Eisners in Bayern abgrenzte. Entsprechend stellte sich die Erlanger SPD auch entschieden gegen die Münchner Räterepublik.

Bei den ersten Stadtratswahlen nach dem Krieg im Juni 1919 – bei denen erstmals auch Frauen wählen und gewählt

Jubiläumsfest 140 Jahre SPD Erlangen: Wir brauchen eure Hilfe

Liebe Genossinnen und Genossen, damit das Jubiläumsfest am 11. September ein Erfolg wird, brauchen wir eure Hilfe. Denn ohne Unterstützung können wir das Fest nicht durchführen.

Kuchenspenden

Wie bei vielen Festen in der Vergangenheit wollen wir auch beim Jubiläum wieder einen Kuchenstand anbieten. Dafür brauchen wir euch als Bäckerinnen und Bäcker: Stellt uns einen Kuchen zur Verfügung. Bitte meldet bei Sandra Radue, (Telefon 4003764, E-Mail sandra.radue@gmx.de), welchen Kuchen ihr beibringt. Abgabe am Festtag bitte zwischen 14 und 15 Uhr.

Auf- und Abbau

Ein Jubiläumsfest muss auf- und abgebaut werden. Dazu brauchen wir viele Helferinnen und Helfer, die schon ab 10 Uhr beim Auf- oder nach dem Fest (ca. 19 bis 21 Uhr) beim Abbau helfen können. Bitte melde dich dafür bei Katharina Ullmann (Telefon 405100, E-Mail katharina.ullmann@gmx.de).

Standbetreuung

Kuchenstand, Getränkeauschank, Grill etc. müssen betreut werden. Dafür brauchen wir dich. Bitte melde bei Sandra Radue, wo du helfen kannst. Viele Stände werden von einem Distrikt betreut, hier erfährst du näheres von deinem oder deiner Distriktsvorsitzenden.

werden konnten – errang die Erlanger SPD 11 von 30 Mandaten, hinzu kamen nochmals 3 für die USPD. Gemessen an den Ergebnissen der Landtags- und der reichsweiten Wahl im Januar 1919, wo die SPD jeweils um die 50 Prozent der Stimmen erzielt hatte, war dies ein schlechtes Ergebnis. Erstmals wurden mit Margarete Dressel für die SPD und Elise Späth für die DDP zwei Frauen in den Erlanger Stadtrat gewählt. Erstere schied allerdings bereits 1921 wieder aus dem Erlanger Stadtrat aus und blieb die einzige Frau, die in der Weimarer Republik der SPD-Stadtratsfraktion angehörte.

Die Erlanger SPD versuchte ab 1919, sich auch für bürgerliche Schichten zu öffnen, tat sich dabei allerdings sehr schwer. Dagegen gelang der Aufbau einer Arbeiterjugend in Erlangen unter Michael Poeschke. Ab 1924 verfügte die Erlanger SPD mit dem „Erlanger Volksblatt“ auch über eine eigene Zeitung als Nebenausgabe der in Nürnberg erscheinenden „Fränkischen Tagespost“.

Bestimmendes Thema der ersten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg war die schlechte wirtschaftliche Lage und die hohe Arbeitslosigkeit. Aber auch die instabile Situation im Deutschen Reich mit dem Kapp-Putsch 1920 und dem Krisenjahr 1923 strahlte stark nach Erlangen aus, ebenso wie der sich in Bayern etablierende völkische und autoritäre Nationalismus. Bei Wahlen konnte sich die SPD in Erlangen dagegen behaupten, sie erzielte regelmäßig um die 40 Prozent der Stimmen. Die Wohnungsnot wurde durch den genossenschaftlichen Siedlungsbau bekämpft, es entstanden (teilweise bereits ab 1913) die Siedlungen im Anger und im Stadtsüden.

In den 1930er Jahren wurde der Nationalsozialismus auch in Erlangen immer stärker. Bei den Reichstagswahlen 1932 war die SPD in Erlangen erstmals seit 1919 nicht mehr stärkste Partei, allerdings nicht aus eigener Schwäche – die absolute Stimmenzahl für die SPD bleibt auf dem Niveau der Vorjahre –, sondern wegen der Marginalisierung der bürgerlichen Parteien. Mit der Machtübernahme der NSDAP in Berlin wurden dann auch zahlreiche Erlanger Sozialdemokraten in „Schutzhaft“ genommen. Das erst Anfang 1933 bezogene Parteihaus an der Nürnberger Straße wurde im März 1933 von NS-Trupps gestürmt, die Redakteure des dort ansässigen Erlanger Volksblattes, Michael Poeschke und Peter Zink, wurden dabei brutal zusammengeschlagen. Poeschke wurde bei der Neuzusammensetzung des bayeri-

schen Landtags im Zuge der „Gleichschaltung“ der Länderparlamente Landtagsabgeordneter. An der Abstimmung über das bayerische Ermächtigungsgesetz, für die er das KZ Dachau verlassen durfte, konnte er allerdings nicht teilnehmen, da er wegen der in der Haft erlittenen schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht wurde; so fehlt sein Name in der Liste der Sozialdemokraten, die geschlossen das bayerische Ermächtigungsgesetz ablehnten.

Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bildete sich auch die SPD in Erlangen neu. Zunächst geschah dies informell, da die Bildung von politischen Parteien durch die Besatzungsmächte verboten war. Trotzdem entstand wohl Ende Juli 1945 wieder eine lokale Parteiorganisation, deren Vorsitzender Michael Poeschke wurde, der letzte Vorsitzende der SPD vor dem Nationalsozialismus. Am 30. März 1946, nach der Zulassung politischer Parteien, wurde die Erlanger SPD offiziell wiedergegründet.

Am 22. Juli 1945 wurde mit Anton Hammerbacher erstmals ein Sozialdemokrat Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, ernannt durch die amerikanische Militärverwaltung. Ein Jahr später trat Michael Poeschke seine Nachfolge an, als erster gewählter Oberbürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg.

Geprägt war die Politik der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum von der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Lage der Menschen. Die Ansiedlung der Hauptverwaltung der Siemens-Schuckert-Werke und der darauf folgende Ausbau des Siemens-Standortes legten den Grundstein für den Aufstieg Erlangens zur modernen Industriestadt. Der Wohnungsnot wurde durch den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus begegnet, der in die Gründung der GeWoBau mündete.

Bei der Neuwahl des Oberbürgermeisters nach dem Tod Poeschkes unterlag Peter Zink – zu diesem Zeitpunkt für die Erlanger SPD Abgeordneter im Landtag – dem CSU-Kandidaten Heinrich Lades. Die SPD blieb allerdings bei der Stadtratswahl 1960 mit deutlichem Vorsprung stärkste Partei und stellte mit Friedrich Sponsel den zweiten Bürgermeister.

Die SPD seit den 1970er Jahren

Der Aufbruch, den die Studentebewegung einerseits und die sozialde-

mokratische Regierungsübernahme im Bund unter Willy Brandt andererseits bedeuteten, veränderte auch die Erlanger SPD grundlegend. Es kam zu massiven Zuwächsen bei der Mitgliedschaft, die vor allem aus dem akademischen Milieu kamen. Mit Karl-Heinz Hiersemann übernahm 1970 ein noch nicht einmal 30-jähriger den Vorsitz der Erlanger SPD. Die Liste der SPD für die Kommunalwahl 1972 wurde durch die (neue) Mitgliedschaft massiv verändert. Und mit Dietmar Hahlweg konnte für die Oberbürgermeisterwahl 1971 ein Kandidat gewonnen werden, der auf Anhieb über 48 Prozent der Stimmen erzielte. Bei der Kommunalwahl 1972, mit der wegen der Gebietsreform auch eine erneute Oberbürgermeisterwahl verbunden war, gelang der Erlanger SPD dann ein spektakulärer Erfolg: Sie gewann nicht nur deutlich das Amt des Oberbürgermeisters zurück, das Dietmar Hahlweg für die nächsten 24 Jahre behaupten konnte; sie errang auch die absolute Mehrheit im Stadtrat. Für 24 Jahre blieb die SPD bestimmende Kraft im Erlanger Stadtrat. Mit Ursula Rechtenbacher stellte sie ab 1980 erstmals eine Frau als zweite Bürgermeisterin, der Gisela Niclas nachfolgte. Die sozial und ökologisch ausgerichtete Kommunalpolitik jener Jahre prägt Erlangen bis heute.

Die erfolgreiche kommunalpolitische Zeit der Erlanger SPD endet mit der Niederlage bei der Oberbürgermeisterwahl 1996, erstmals seit 1946 war die SPD auch nicht mehr stärkste Partei bei der Stadtratswahl.

Nicht nur kommunalpolitische Erfolge prägten aber die SPD der 70er und 80er Jahre. Die Friedensbewegung, die Debatte um BürgerInnenrechte wie auch die Frauenbewegung und die Umweltbewegung wirkten stark in die Erlanger SPD hinein. Die Erlanger SPD diskutierte massiv, kontrovers und kritisch die Bundespolitik – bis in die heutigen Tage.

An dieser Stelle soll der Überblick über die Geschichte der Erlanger SPD enden. Es sei nochmals verwiesen auf die Quellen, die eine ausführlichere Darstellung der Geschichte der Erlanger SPD bieten, insbesondere das Buch zum 120jährigen Jubiläum der Erlanger SPD. Und wer sich intensiver für die Geschichte der Erlanger SPD seit den 1970er Jahren interessiert, der sei auf die Arbeit des Historik-AKS verwiesen, der diese Epoche aufarbeitet und seine Ergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt präsentieren wird.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute



- 03.09. Werner Irlor
60 Jahre
- 04.09. Martin Strickroth
80 Jahre
- 05.09. Manfred Preuß
73 Jahre
- 14.09. Kurt Steinmüller
76 Jahre
- 15.09. Hartmut Wiechert
70 Jahre
- 18.09. Axel Röhrborn
71 Jahre
- 18.09. Walter Krumpholz
70 Jahre
- 21.09. Rudolf Schwarzenbach
73 Jahre
- 21.09. Sylke Dingfelder
65 Jahre
- 24.09. Karlheinz Eger
77 Jahre
- 26.09. Manfred Felten
70 Jahre
- 27.09. Michael Baczko
60 Jahre

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2010
24.09.2010

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu einer

Sonder- Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 16. September 2010, 20.00 Uhr
Sportgaststätte „Zur Wied“ Sebastianstraße 2a.
(Bus 30 und 295 bis Haltestelle „Heuweg“)

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles
2. **Gewerbegebiet G6 in Tennenlohe**
 - Vorstellung der Position der Stadtratsfraktion durch Dr. Florian Janik (siehe auch Seiten 6 und 7)
 - Vorstellung der Position der Bürgerinitiative durch Rolf Schowalter (siehe auch Seiten 8 und 9)
 - Diskussion und Beschlussfassung
3. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 23. September 2010, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. **Was auf dem Spiel steht. Konsequenzen aus der Kürzungspolitik der schwarz gelben Regierung**
Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbänden
3. Anträge
4. Berichte aus den Disktrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

G6 in Tennenlohe – Die Entscheidung steht jetzt an

Nach der Kreismitgliederversammlung im Januar 2010 hat die SPD-Stadtratsfraktion die zu überprüfenden Punkte im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet G6 in Tennenlohe in die Stadtratsgremien eingebracht. Im Mai erfolgte die Behandlung des Themas und dieser Punkte dann im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss. Gegen die Stimmen der SPD wurde die Realisierung des G6 beschlossen. Die SPD-Fraktion hat gegen den Beschluss gestimmt; nach unserer Ansicht waren die von uns beantragten Punkte nicht ausreichend behandelt worden. Um den Anliegen der Tennenloher Bürgerinitiative und dem Beschluss der KMV gerecht zu werden, haben wir den Beschluss des Ausschusses beanstandet und eine Behandlung in einer Stadtratssitzung durchgesetzt. Im Juni hat die Bauverwaltung darum gebeten den Tagesordnungspunkt abzusetzen, da sie noch Zeit benötigt, um die offenen Punkte aus unserem Antrag zu bearbeiten. In der Juli-Stadtratssitzung hat die SPD-Fraktion die Verschiebung des TOPs beantragt, da nach unserer Auffassung die zu überprüfenden Punkte (mit einer Ausnahme) aus dem Beschluss der KMV nun endlich ausreichend gewürdigt worden sind. Nach der parteiinternen Diskussion und den ständigen Kontakten mit der BI haben wir es für notwendig erachtet, einen erneuten Beschluss der KMV einzuholen.

Für das G6, aber nur mit einem Stadtteilzentrum/ Bürgertreff für Tennenlohe Antrag an die Kreismitgliederversammlung der Erlanger SPD

Antragstellerin: SPD-Stadtratsfraktion

1. Die Erlanger SPD setzt sich weiterhin für eine zügige Realisierung des Gewerbegebietes G6 in Tennenlohe ein.
2. Tennenlohe verfügt bis heute nicht über ein eigenes Stadtteilzentrum bzw. einen Bürgertreff. Die Kreismitgliederversammlung fordert die Stadtratsfraktion auf, dem G6 nur dann zuzustimmen, wenn der Stadtrat zusammen mit dem Grundsatzbeschluss zum G6 beschließt, dass zeitgleich die Planungen für ein solches Zentrum aufgenommen werden. Dabei sind der Standort und das Nutzungskonzept unter Beteiligung der Tennenloher Bürgerinnen und Bürger, der Vereine und Initiative und des Ortsbeirats festzulegen.

Begründung

Ein Blick zurück

Anfang der 90er Jahre haben die Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen ein gemeinsames Projekt entwickelt – den Gewerbepark. Hätte man dieses Vorhaben realisiert, dann wäre in idealer Lage ein gemeinsames, auch stadt-

planerisch innovatives, Gewerbegebiet der drei Städte entstanden. Leider haben nach der Kommunalwahl 1996 die damals neu gewählten CSU-Oberbürgermeister in den drei Städten das Projekt nicht weitergeführt und statt sinnvoller Kooperation auf Konkurrenz gesetzt.

Hinzu kommt, dass in Erlangen die Stadtratsmehrheit aus CSU und FDP bei den, seit dem neu entstandenen, Gewerbegebieten nicht zu bewegen war, die Grundstückseigentümer zum Verkauf ihrer Grundstücke zu verpflichten. Folglich entstand eine ganze Reihe von Baulücken (eben auch in Tennenlohe), die zwar nominell Gewerbegebiete sind, bei denen aber keine Bereitschaft der Eigentümer zum Verkauf besteht. Sie stehen somit für eine Ansiedlung von Gewerbe nicht zur Verfügung.

Gleichzeitig verfügt Erlangen mit dem IZMP und dem IGZ über zwei erfolgreiche Gründerzentren, deren junge Unternehmen nach der Gründungsphase mit den neu entstandenen Arbeitsplätzen in der Stadt angesiedelt werden sollten. Des Weiteren erreichen die Stadt immer wieder Anfragen größerer und kleinerer Firmen, die ein Grundstück suchen. Auf Grund der geschilderten falschen Politik sind in Erlangen aber kaum noch Flächen tatsächlich verfügbar.

Hausaufgaben erledigt

Aus diesen Gründen hält die SPD-Fraktion die Entwicklung des Gewerbe-

■ Von Dr. Florian Janik

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion



gebietes G6 in Tennenlohe für geboten. Dieser Meinung hat sich auch die Erlanger SPD mit Ihrem Beschluss auf der Kreismitgliederversammlung angeschlossen. Gegenüber dem ursprünglichen Zweckverbandsprojekt ist das G6-Gebiet eindeutig weniger optimal. Die Kreismitgliederversammlung und die Tennenloher Bürgerinitiative haben der Stadtratsfraktion einige offene Punkte zur Klärung mitgegeben, bevor eine endgültige Zustimmung zum G6 erfolgen kann. Die SPD-Fraktion hat diese Punkte in die Diskussion im Stadtrat eingebracht. Unter der Voraussetzung, dass die Planung eines Bürgertreffs/ Stadtteilzentrums zeitgleich mit der Realisierung des G6 betrieben wird, hält die SPD-Fraktion die Vorlage für zustimmungsfähig.

Im Folgenden sind die aus unserer Sicht wichtigsten Ergebnisse kurz zusammengefasst. (Ausführliches Material ist im Ratsinformationssystem der Stadt Erlangen auf www.erlangen.de verfügbar.)

1. Um die Verkehrserschließung zu gewährleisten muss eine weitere Auffahrt auf die B4 vom Gewerbegebiet gebaut werden.

Die zusätzliche Auffahrt wird von der Verkehrsplanung der Stadt Erlangen als nicht notwendig eingestuft. Es wird allerdings eine neue Rechtsabbiegespur am Wetterkreuz in Richtung Süden auf die B4 im Rahmen der Entwicklung des G6 entstehen. Aus Sicht der SPD-Fraktion wird sich wohl erst mit der Entwicklung des Gewerbegebiets zeigen, ob die bestehende Zufahrt auf die B4 ausreicht. Sollte dies nicht der Fall sein, kann auch zu einem späteren Zeitpunkt eine zusätzliche Zufahrt oder eine andere Lösung realisiert werden.

2. Um den Eltersdorfer Ortskern nicht durch Schleichverkehr von der A73 zu belasten, muss im Zuge des Ausbaus des Gewerbegebiets die Realisierung

der Ortsumfahrung Eltersdorf erfolgen.

Derzeit führt das Staatliche Bauamt Nürnberg eine Untersuchung über die Auswirkungen und die Finanzierbarkeit dieser Umgehungsstraße durch. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird die SPD-Fraktion wieder aktiv werden und sich für eine zügige Realisierung ggf. unter finanzieller Beteiligung der neu anzusiedelnden Gewerbe in Eltersdorf einsetzen.

3. Im Zuge der Entwicklung des Gewerbegebietes muss die Chance genutzt werden in Tennenlohe notwendige soziale Infrastruktur zu schaffen. Dafür halten wir es notwendig eine eigene Bürgerversammlung durchzuführen, um gemeinsam mit den Tennenloher Bürgerinnen und Bürgern und dem Ortsbeirat festzulegen, welche Einrichtungen benötigt werden und welche auch realisiert werden können.

Unserem Antrag auf eine Bürgerversammlung wurde nicht gefolgt. Stattdessen hat auf Einladung der Stadt eine Informationsveranstaltung stattgefunden. Dies halten wir nicht für ausreichend. Die SPD-Fraktion wird beantragen, dass mit dem Beschluss über das G6 auch die Planungen (unter Beteiligung der Tennenloher Bürgerinnen und Bürger) für ein Stadtteilzentrum/Bürgertreff in Tennenlohe aufgenommen werden.

4. Der Grünstreifen zwischen dem Gewerbegebiet und dem bisherigen bebauten Gebiet soll bereits zu Beginn der Erschließung des Gewerbegebietes angelegt werden.

Dem Anliegen wird in der Beschlussvorlage entsprochen. Die SPD-Fraktion wird darauf achten, dass dies auch umgesetzt wird.

5. Die Bewertung der durch das Gewerbegebiet entstehenden Umweltbelastungen, insbesondere Lärm und Luftverschmutzung, soll aktualisiert und die Auswirkungen auf das Mikroklima dargestellt werden.

Die Lärmbelastung in den anliegenden wird durch das G6 voraussichtlich leicht vermindert in keinem Fall jedoch erhöht. Dies wird vor allem durch die Ausrichtung der Gebäude entlang der Autobahn gewährleistet, die als eine Art Lärmschutzwand fungieren werden. Um innerhalb des Gebietes den Lärm zu reduzieren, werden solche Betriebe

ausgeschlossen, die zu Erschütterungen oder Lärmimmissionen in den benachbarten Wohngebieten führen können. Ebenso werden geruchs- und staubemittierende Gewerbe ausgeschlossen. Die Kaltluftentstehung wird durch das Gewerbegebiet beeinträchtigt, allerdings nicht in erheblichem Umfang.

6. Die Eignungsuntersuchung aus dem Jahr 1989 stuft die Fläche des G6 als ungeeignet ein (vgl. Gewerbeflächenpotential in Erlangen 1989 – 2000, Seite 4, Referat für Stadtplanung und Bauwesen). Es soll aufgezeigt werden, aus welchem Grund diese Einschätzung nicht mehr gültig ist.

In der damaligen Untersuchung wurde vorgeschlagen auf der Fläche des G6 Wohnbauflächen auszuweisen. Dies ist heute auf Grund der Lärmbelastung durch die Autobahn gar nicht mehr möglich. Im Jahr 1989 wurde außerdem der bereits erwähnte gemeinsame Gewerbepark von der Stadt Erlangen favorisiert, der die Ausweisung einer im Vergleich kleinen Gewerbefläche in Tennenlohe überflüssig erschienen ließ.

7. Vor einer endgültigen Entscheidung soll das Gewerbeflächenpotential in Erlangen aufgezeigt werden. Es sollen Möglichkeiten für Neuansiedlung und Nutzung von Leerständen im bestehenden Tennenloher Gewerbegebiet untersucht werden.

Im Stadtgebiet besitzt die Stadt Erlangen aktuell über 2,6 ha Gewerbegrundstücke, davon 0,5 ha in Tennenlohe. Insgesamt gibt es in Tennenlohe aktuell ca. 9,5 ha ungenutzte Gewerbeflächen, wovon aber nur ca. 1,3 ha auch verfügbar sind, da die Eigentümer der anderen Flächen nicht bereit sind, die Flächen zu verkaufen. Insofern sind die Möglichkeiten der Stadt hier stark eingeschränkt. Um dies in der Zukunft zu vermeiden, ist es von großer Bedeutung, dass die Eigentümer der Grundstücke im G6 (und in anderen Entwicklungsgebieten) zum Verkauf ihrer Grundstücke verpflichtet werden.

8. Insbesondere ist das Gewerbegebiet G1 (südlich der A3) als Alternative erneut zu bewerten.

Das Gewerbegebiet G 1 umfasst eine Gesamtfläche von ca. 30 ha, davon entfielen auf gewerbliche Bauflächen ca. 17,2 ha und ca. 3,0 ha Straßenverkehrsflächen. Damit wäre es annähernd doppelt so groß wie das

Gewerbegebiet G 6 (Gesamtfläche ca. 15,2 ha, dv. gewerbliche Bauflächen ca. 8,5 ha und Straßenverkehrsflächen ca. 1,6 ha).

Folgendes spricht im Vergleich mit dem G1 für das Gewerbegebiet G6:

- a. Hohe Kosten der Verkehrserschließung des Gewerbegebietes G1

Auf Grund der Größe und Lage des Gewerbegebietes G1 wäre die westliche Umfahrung der Wohngebiete Tennenlohe erforderlich, da die Verkehrsabwicklung nur über das Wetterkreuz nicht funktioniert bzw. ausreichend wäre. Die Kosten für Grunderwerb und Herstellung in Höhe von überschlägig ca. 2,9 Mio. € könnten nicht über Erschließungsbeiträge refinanziert werden und müssten daher von der Stadt getragen werden. Darüber hinaus wären im Bereich des Wetterkreuzes westlich der BAB A 3 Anpassungsmaßnahmen an den bisher als öffentlichen Feld- und Waldweg gewidmeten Verkehrsflächen in Höhe von ca. 0,25 Mio. € notwendig.

- b. Hohe Kosten der abwassertechnischen Erschließung des Gewerbegebietes G1

Die Kosten werden insgesamt auf ca. 3 Mio. € geschätzt und betragen damit 3-fache gegenüber der geplanten abwassertechnischen Erschließung des Gewerbegebietes G 6 mit geschätzten Kosten in Höhe von ca. 1 Mio. €.

- c. Fehlende städtebauliche Integration des Gewerbegebietes G1

Das geplante Gewerbegebiet G 6 ist in die bestehende Ortslage von Tennenlohe integriert, vor allem im Hinblick auf die bereits bestehende Gewerbebebauung entlang der A 3. Das Gewerbegebiet G 1 läge als isolierter Standort getrennt durch die Zäsur der A 3 abseits der heute bebauten Gebiete.

Neue Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Liebe Genossinnen und Genossen, das Parteibüro im August-Bebel-Haus hat ab September neue Öffnungszeiten. Ihr erreicht Sabine Wehner nun Montags bis Mittwochs von 8 bis 12 und Donnerstags von 10 bis 14 Uhr.

Kein G6 in Tennenlohe!

Plädoyer des Distrikts Tennenlohe und der Bürgerinitiative „Für Tennenlohe – gegen G6“

Wir begrüßen, dass die Fraktion mit uns in einen Dialog eingetreten ist und mehrfach Gespräche mit uns geführt hat. Wir begrüßen auch, dass die Fraktion die städtebauliche Fehlentwicklung in Tennenlohe erkannt hat und dem Abhilfe schaffen will.

In der KMV am 21.1. wurden zu den bereits bestehenden drei Vorbehalten fünf weitere Argumente aus der Diskussion aufgenommen und die Erfüllung dieser acht Punkte als Vorbedingung für eine Zustimmung der Fraktion im Stadtrat zu der Errichtung des G6 verbindlich festgelegt.

Die Fraktion bzw. die Mehrheit in der Fraktion ist nun der Meinung, diese Bedingungen seien erfüllt. Wir vom Distrikt sowie von der Initiative sind der Meinung, diese Bedingungen sind bei weitem nicht erfüllt und wir sehen auch die „Hausaufgaben“ der Fraktion als nicht erledigt an. Die Fraktion will die Entscheidung nicht eigenständig treffen über die Köpfe der Basis, des Distrikts Tennenlohe, der Initiative hinweg, sondern die KMV darüber entscheiden lassen, ob die Bedingungen nun erfüllt seien. Das Votum der KMV wird also ausschlaggebend sein. Das Verfahren begrüßen wir ausdrücklich.

Wer sich ein Bild von der geographischen Lage von Tennenlohe und dem geplanten G6 machen möchte, um auch die Argumentation nachvollziehen zu können, kann auf der SPD-Homepage die entsprechenden Materialien aufrufen (Straßenplan von Tennenlohe, Gewerbegebiet G6, Eignungsuntersuchung 1989/2000, Stellungnahme des Bundes Naturschutz vom 15.12. 2008)

1 und 2) Verkehrserschließung:

a) Weiterer Anschluss des Gewerbegebiets an die B 4. Die Verwaltung erachtet dies nicht als notwendig, lehnt die geforderte Anbindung ab und will sich stattdessen mit einer Rechtsabbiegerspur am Wetterkreuz in Richtung Nürnberg begnügen. Bereits der Ortsbeirat hat dies als völlig unzureichend bezeichnet, eine Linksabbiegerspur in die Sebastianstraße gefordert und ein detailliertes Konzept für die Weinstraße vorgelegt. Die Verwaltung hat dies abgelehnt und ist nicht mit dem Ortsbeirat in einen Dialog eingetreten.

b) Westliche Umgehungsstraße (Anbindung Wetterkreuz – Weinstraße): die Verwaltung sieht selbst das Wetterkreuz als überlastet und will den Verkehr über die neue Umgehungsstraße nach Eltersdorf oder Bruck ableiten. Andererseits könnte der zufließende Verkehr aus diesen beiden Stadtteilen (in Eltersdorf plant Areva evtl. 3 000 neue Arbeitsplätze) diese Straße in umgekehrter Richtung benutzen und das Wetterkreuz völlig zum Erliegen bringen. Zur entstehenden Umweltbelastung siehe weiter unten (Punkt 5).

c) Umgehungsstraße Eltersdorf: der momentane Planungsstand ist völlig vage und lässt eine Bewertung nicht zu.

Fazit: es existiert kein ordentliches Verkehrskonzept und diese Forderung ist damit nicht erfüllt. Die Fraktion ist sich dessen auch bewusst, wenn sie formuliert: Es wird „sich wohl erst mit der Entwicklung des Gewerbegebiets zeigen, ob die bestehende Zufahrt auf die B 4 ausreicht. Sollte dies nicht der Fall sein, kann auch zu einem späteren Zeitpunkt eine zusätzliche Zufahrt oder eine andere Lösung realisiert werden.“ Dies entspricht genau der beschwichtigenden Aussage des Stadtplanungsreferenten Egbert Bruse auf der Sitzung des UVPA am 18.05. Dass die Fraktion diese doch sehr unverbindlichen Äußerungen akzeptiert, erstaunt uns sehr.

3) Soziale Infrastruktur:

Erschließung der Bedürfnisse und des Bedarfs zusammen mit Tennenloher Bürgerinnen und Bürgern und des Ortsbeirats auf einer Bürgerversammlung: Wir begrüßen eine solche Initiative. Es wäre auch ein Novum aus stadtplanerischer Sicht. Allerdings müsste dazu das wissenschaftlich fundierte und praktisch bewährte Planzellenverfahren verwendet werden. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sowie des Ortsbeirats halten wir für sehr sinnvoll und es könnte Vorbildcharakter für die Vorgehensweise in anderen Ortsteilen bekommen. Unsere Einwände:

- Ein solches Anliegen wie die Errichtung eines Bürgerhauses kann mit der Angelegenheit G6 aus juristischen Gründen nicht verknüpft werden.
- Von der wirklich hervorragenden Idee

■ Von Rolf Schowalter

Vorsitzender des Distrikts Tennenlohe, Initiator der Unterschriftenaktion

der Planung von unten ist die Fraktion abgerückt und hat selbst den Bürgern die Idee eines Bürgerhauses vorgegeben, ohne weitere Planungsziele abzufragen, und ist damit ihrem eigenen Vorschlag untreu geworden.

- Die Formulierungen sind derart vage, dass sie jederzeit wieder rückgängig gemacht werden können und keinerlei Rechtsverbindlichkeit beinhalten.
- Aussage des CSU-Stadtrats Manfred Hopfengärtner anlässlich eines „Spaziergangs“ mit CSU-Stadträten im Gebiet des G6 am 27.07. zum Projekt „Stadtteilhaus/Bürgerhaus“: „Ein solches Projekt werden wir nie finanzieren!“
- CSU und FDP werden zustimmen, da es völlig unverbindlich formuliert ist und es später wieder gestrichen werden kann mit dem Argument fehlender Finanzen.
- Mit dem Anliegen sollen die Tennenloher beschwichtigt werden, um den Widerstand aufzugeben.
- Wenn die Fraktion sich für Tennenlohe einsetzen will, kann sie das auch an der Angelegenheit „Perimed-Gelände“ beweisen oder der Durchsetzung eines Bürgerhauses ohne Junktim mit G6.

4) Grünstreifen: ohne Kommentar

5) Umweltbelastungen:

a) Lärmschutz: die Untersuchungen des Umweltamtes haben ergeben, dass eine minimale Lärmreduzierung für einige Häuser der Haselhofstraße sich ergeben wird, was einer Reduzierung von 90 000 auf 70 000 Fahrzeugen entspricht. Diesen Unterschied kann man so gut wie überhaupt nicht wahrnehmen.

b) „Massiver Eingriff in das bereits schwer beeinträchtigte Biotop ‚Hutgraben‘“ (Bund Naturschutz in einer Stellungnahme an die Stadtverwaltung vom 15.12. 2008): ein solch schwerwiegender Eingriff, wie er durch die Umgehungsstraße zustande kommen wird, sei durch nichts zu

rechtfertigen. Der Hutgraben fungiert als grüne Lunge für Tennenlohe und weist bereits drei Straßenübergänge und einen Autobahnübergang auf. Ein weiterer Übergang muss aus umweltpolitischen Gründen und auch aus verkehrspolitischen Gründen (s. Punkt 1 und 2) abgelehnt werden.

- c) Kaltluftentstehung: die Beeinträchtigung wird als gering eingestuft. Die Stadtplaner der Zukunft, zu denen die aus Erlangen nicht gehören, denken weit voraus und planen die Auswirkungen der Klimaveränderung bereits jetzt mit ein. Unter diesen Bedingungen erhält die Beeinträchtigung einen ganz andern Stellenwert.
- d) Der Bund Naturschutz wendet sich dagegen, „den in Erlangen noch tätigen Landwirten gutes und leicht erreichbares Ackerland wegzunehmen“.

6) Die Eignungsuntersuchung 1989–2000

In dieser Untersuchung heißt es zum G6, das damals noch wesentlich kleiner konzipiert war (8,0 ha statt wie heute 15,3 ha): „Diese Fläche ist aufgrund ihrer Lage in der Nähe der vorhandenen Wohngebiete an der Weinstraße für eine künftige gewerbliche Nutzung ungeeignet. Eine gewerbliche Nutzung des Südhangs am Hutgraben würde zu einem erheblichen Eingriff in die vorhandene Landschaftsökologie sowie zu starken Unverträglichkeiten mit der vorhandenen Wohnnutzung und dem Stadtbild führen. Die Fläche sollte alternativ weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden bzw. Sport- Freizeit- und Naherholungseinrichtungen dienen. Auch eine Erweiterung der vorhandenen Wohnbebauung in Verbindung mit Kleingartenanlagen bietet sich auf diesem Gelände an.“ Die Untersuchung stuft das Gelände als dreifach ungeeignet ein: (Ökologie, Freiraum und Landwirtschaft; Standortqualität, Erschließungsaufwand: Verträglichkeit zu Wohnen und Stadtbild). Nach dem Amtsantritt von Stadtplanungsreferent Egbert Bruse verschwand die Untersuchung stillschweigend in der Versenkung und sogar dem OB Dr. Balleis war diese Untersuchung völlig unbekannt. Die Stadtverwaltung argumentiert, auf dem Gelände G6 sei in der damaligen Untersuchung nur Wohnbebauung konzipiert gewesen. Diese Aussage kann jeder aufgrund des angeführten Zitats selbst bewerten. Dass die Fraktion hier wiederum Aussagen der Verwaltung einfach übernimmt, halten wir für bemerkenswert.

7) Nutzung von Leerständen im bestehenden Gewerbegebiet in Tennenlohe:

Der Blick auf die Karte und der Rundgang am 15.01. haben gezeigt, dass in Tennenlohe im ausgewiesenen Gewerbegebiet beträchtliche Möglichkeiten vorhanden sind. Die Firmen Astrum, Fraunhofer, Areva mit Santowski haben gezeigt, dass man durch Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zu einem für beide Seiten befriedigenden Ergebnis kommen kann. Die Stadt muss also keine Flächen griffbereit vorweisen können, sondern muss Interessenten die Eigentümer nennen, damit sich die Interessenten mit diesen in Verbindung setzen können. Dies geschieht offensichtlich nicht. Es ist auch überhaupt nicht einsichtig, dass Flächen des Gewerbegebiets zur Parkmöglichkeit für Zirkuswagen genutzt werden und dass die Informationen über leerstehende Büroflächen nicht weitergeleitet werden.

Wenn nach den Planungen der Stadtverwaltung in G6 kleine Firmen (Ausgründungen aus IGZ, IZMP) sich ansiedeln sollen, dann könnten sie genauso die Baulücken nutzen und die Stadt müsste nicht Gewerbeflächen auf Vorrat bereitstellen, was zudem angesichts der momentanen prekären Haushaltslage als nicht opportun erscheint.

8) Gewerbefläche G1 (südlich der Autobahn A3).

Erstaunlich ist, dass in der Eignungsuntersuchung 1989/2000 die Größe von G1 mit 8,1 ha beziffert wird, gegenwärtig von der Verwaltung aber mit ca. 30,0 ha angegeben wird, d.h. G1 würde die vierfache Ausdehnung besitzen. Die als absolut notwendig erachtete Verkehrerschließung über die Umgehungsstraße, deren Kosten in diesem Fall mit 3 Mio € angegeben werden, wird zunächst allein mit der Größe der vierfachen G1 gerechtfertigt. Nach Alternativen oder einer B4-Anbindung (s. Punkt 1a) wird nicht gesucht.

Zusatzkosten für die abwassertechnische Erschließung werden mit 2 Mio € angegeben, die dann wirklich anfallen würden. Jede Erschließung muss normalerweise von den entsprechenden Anliegern getragen werden; warum wird zumindest ein Teil dieser Kosten nicht auf die Firmen umgelegt?

Es fehlt eine genaue Aufstellung sämtlicher anfallender Kosten und eine entsprechende Gegenüberstellung. G1 – G6. Insofern hat die Verwaltung die Aufgabe nur oberflächlich erfüllt. Wir

sind erstaunt, dass die Fraktion sich mit diesen vorläufigen und lückenhaften Angaben zufrieden gibt.

Zum Argument „städtebauliche Integration“: Der Hutgraben bildet bisher die Grenze, die das Gewerbegebiet südlich des Grabens vom Wohngebiet nördlich des Grabens trennt. Diese Grenze würde durch das G6 aufgehoben werden. Nachdem der Reiterhof Tennenlohe östlich umrahmt, würde G6 westlich die letzten Flächen verbrauchen und für weitere Planungen wäre kein Raum mehr gegeben. Dass Gewerbegebiete in Wohngebiete hineinreichen sollen und damit eine bauliche Integration als notwendig erachtet wird, ist uns völlig neu und erscheint uns recht befremdlich. Schließlich ist das Argument der Verwaltung, durch G1 südlich der Autobahn würden „Nachteile für die Adressbildung und das Image des Technologiestandorts Tennenlohe“ entstehen, nachgerade absurd.

9) Bürgerwille in Tennenlohe:

Seit Beginn der Unterschriftensammlung haben sich bis jetzt (Stand 20.08) 51% der Tennenloher Wahlberechtigten gegen das G6 ausgesprochen. Bei einer realistischen Wahlbeteiligung von 70 % würden 51% aller Wahlberechtigten einen Anteil von ca. 72% der tatsächlichen Wähler ausmachen! Während der Auslage der Listen im Edeka-Markt sind immer wieder Listen entwendet worden. Manche unserer Unterstützer waren auch der Meinung, es genüge, wenn ein Mitglied eines Haushalts unterschreibt. Insofern ist noch mit einem beträchtlichen Potenzial zu rechnen. Über diesen eindeutigen Bürgerwillen sich hinwegsetzen zu wollen, halten wir für sehr riskant. Eine Partei wie die SPD muss sich über daraus resultierende Folgen im klaren sein. Die Fraktion verfolgt in der Angelegenheit G6 nahezu ausschließlich wirtschaftliche Interessen. Wo bleibt hier die Berücksichtigung des so häufig beschworenen Bürgerwillens, dessen Beachtung man von der SPD insbesondere erwarten würde?

Der Distrikt Tennenlohe und die Initiative „Für Tennenlohe – gegen G6“ fordern die Kreismitgliederversammlung auf, in Anlehnung an den Beschluss vom 21.1. und der kritischen Auseinandersetzung mit der Antwort der Verwaltung die Punkte 1-3, 5-8 als nicht erfüllt zu bewerten und die Fraktion zu beauftragen, das G6 konsequenterweise abzulehnen. Dabei soll auch Punkt 9 beachtet werden.

Freiheit und Internet – Die SPD muss wieder BürgerInnenrechtspartei werden

Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 22. Juli 2010

AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD-UB-Parteitag, Bundestagsfraktion, Themenwerkstatt Demokratie und Freiheit

Die Diskussion um Zensur im Internet, Vorratsdatenspeicherung, der Zulauf der Opensource-Bewegung und die Erfolge der Piratenpartei haben sehr deutlich gemacht, dass die Fragen nach Freiheit und Sicherheit in Internet und Datenverarbeitung wichtige Themen sind, die von der SPD nicht vernachlässigt werden dürfen.

Das Internet ist nicht mehr nur eine Randerscheinung oder ein weiterer Weg zum Nachrichtentransport. Es prägt mittlerweile die Lebenswirklichkeit der Menschen in ähnlich starker Weise wie beispielsweise das bauliche Wohnumfeld und die Verkehrspolitik. Daher müssen wir politische Anforderungen an das Netz und das Schaffen von Regeln als eigenen Politikbereich begreifen. Dies heißt nicht, dass die „Netropolitik“ sich nicht mit anderen Themen wie dem (herkömmlichen) Datenschutz, dem Strafrecht, dem Urheberrecht und Bildungspolitik und der „klassischen“ Innenpolitik berührt. Netropolitik ist ein Querschnittsthema.

Sozialdemokratische Politik muss hierbei gewährleisten, dass BürgerInnenrechte und Datenschutz sichergestellt und gleichzeitig effektiver Schutz und Bekämpfung von Kriminalität gewährleistet werden. Leider hat auch die SPD in der Vergangenheit mit der Unterstützung von z.B. der Vorratsdatenspeicherung und der Sperrung/Zensur von Internetseiten hier Fehler begangen. Aus diesem Grund ist ein glaubwürdiger Neubeginn, der die SPD die Rolle als BürgerInnenrechtspartei zurückgibt, nötig.

Konkret ist die Umsetzung folgender Forderungen anzugehen:

I. Kopieren, Downloaden, Anhören: Das Spannungsfeld zwischen Urheber und (privat) Nutzer von Software, Musik, etc.

1. Softwarepatente

Konkrete Software ist bereits durch das Urheberrecht ausreichend ge-

schützt. Daher lehnen wir Patente auf Software ab, da diese nicht bereits erbrachte Entwicklungsleistungen schützen soll, sondern „claims“ hinsichtlich zukünftiger technischer Entwicklungen absteckt und so blockierend auf Forschung und Entwicklung wirkt.

2. Kopieren von Software

Bei „Raubkopien“ von Software werden die Täter, oftmals mittellose Minderjährige absurd hohen Schadensersatzansprüche und fiktiven Lizenzgebühren ausgesetzt. Gegenüber Verbrauchern fordern wie, ähnlich dem §97a II UrhG, eine Begrenzung des Anspruches auf Ersatz der Rechtsverfolgungskosten und eine Begrenzung des Schadensersatzes auf maximal das Dreifache des Marktpreises der Software.

3. Downloaden von Musik: Kulturflatrate

Es sind zwei Varianten sinnvoll, die geprüft werden sollen:

- Variante 1: Zur Gewährleistung sowohl des berechtigten Interesses der KünstlerInnen an einer Vergütung ihrer geistigen Arbeit wie des ebenso berechtigten Interesses der BürgerInnen an einem Zugang zur Kultur ist eine Kulturflatrate (KFR) für den Download von Musik, Filmen und Bildern einzuführen. Die KFR ist gemäß folgenden Grundsätzen nach einem Modell ähnlich zur existierenden GEMA umzusetzen:
- Variante 2: Zur Gewährleistung sowohl des berechtigten Interesses der KünstlerInnen an einer Vergütung ihrer geistigen Arbeit wie des ebenso berechtigten Interesses der BürgerInnen an einem Zugang zur Kultur fordern wir die Musik- und Filmindustrie auf, eine Kulturflatrate (KFR) für den Download von Musik, Filmen und Bildern einzuführen. Sollte diese nicht in angemessener Zeit angeboten werden und mindestens 90% der bereitgehaltenen Titel einschließen, muss die KFR stattdessen gesetzlich eingeführt werden. Die konkrete Ausgestaltung der KFR sollte Sache der Rechteinhaber sein.

Folgende Grundanforderungen an die KFR sind zu verlangen:

- Entlohnung der KünstlerInnen entsprechend der Anzahl der Nutzung ihrer Inhalte.
- Ermittlung der Nutzungsanzahl unter Berücksichtigung strengen Datenschutzes.
- Verwertungsgesellschaft verlangt Beitrag für jeden Breitband-Internetanschluss von den Internet-Service-Providern, der umgelegt werden kann.
- Obergrenze des Beitrags: 10 €/Monat. Zusätzlich geringe Aufschläge auf Hardware- Komponenten wie CD-Rohlinge, -Brenner etc. sind denkbar
- Für sozial Benachteiligte wie Arbeitslose, Sozialhilfe-, Wohngeld-, Altersgrundsicherungs oder BaFöG-EmpfängerInnen muss eine Befreiung von diesem Beitrag analog wie bei der GEZ erfolgen.

II. Verhältnis Staat und Bürger: Datenschutz, Privatsphäre, Strafverfolgung

1. Datenschutz und Vorratsdatenspeicherung

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine Initiative zur Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung zu ergreifen. Desweiteren ist, um den Datenschutz wieder zu stärken, Folgendes notwendig:

- Die Möglichkeit der Online-Durchsuchung im BKA-Gesetz und/oder Ländergesetzen muss abgeschafft werden.
- LKW-Mautdaten dürfen nicht zur Strafverfolgung verwendet werden.
- Die Vermischung von Geheimdiensten und Polizei z.B. durch die gemeinsame sog. „Anti-Terror-Datei“ ist wieder abzuschaffen.
- Die Ausweitung der Videoüberwachung muss beendet werden. Die Überwachung muss auf das unbedingt notwendige Maß zurückgefahren werden.
- Die Massenspeicherung von SchülerInnenendaten (Schüler-ID), die in Bayern bereits eingeführt wurde, ist zu beenden.

- Das ELENA-Verfahren (elektronischer Entgeltnachweis) zur elektronischen Vorratsspeicherung sensibler ArbeitnehmerInnenendaten muss beendet werden.
- ArbeitnehmerInnenendaten müssen durch ein ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetz gesichert werden, um ungerechtfertigte Speicherung, Missbrauch und Datenerhebung ohne Erforderlichkeit (z.B. Standard-Bluttests) zu verhindern.
- Das SWIFT-Abkommen zur Übermittlung von Bankkundendaten an die USA muss neuverhandelt werden und darf in der jetzt beschlossenen Form nicht in Kraft treten. Entsprechend der Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion darf es nur zu einer Unterzeichnung kommen, wenn Folgendes erfüllt ist: Die zu übermittelnden Daten müssen klar begrenzt sein. Die verdächtige Person muss von der EU als terroristisch eingestuft sein und der Beschluss zur Datenweitergabe „richterlicher Kontrolle“ unterliegen. Sollte eine Vertragspartei die Abmachungen verletzen, muss das Abkommen „fristlos gekündigt“ werden können. Wir fordern die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament auf, in diesem Sinne eine Neuverhandlung anzugehen.

2. Keine Internet-Zensur

Wir begrüßen den Meinungswandel der SPD-Fraktion, die das Gesetz zur Sperrung von Internetseiten (Zugangserleichterungsgesetz) nun wieder aufheben will.

3. Anonymität und Strafverfolgung

Berechtigtes Interesse auf Anonymität im Internet muss gewährleistet sein. Trotzdem müssen die BürgerInnen vor Straftaten geschützt werden und diese müssen verfolgbar sein.

Um das Recht auf Anonymität zu erreichen und gleichzeitig die BürgerInnen vor Straftaten zu schützen, fordern wir:

- Die gesetzliche Festlegung eines Rechts auf Anonymität
- Forschungsförderung auf dem Gebiet
- Das Bereithalten von Internetseiten, die nicht ausschließlich persönlichen oder familiären Zwecken dienen, ohne Angabe des für die Seite Verantwortlichen („Impressum“) muss zum Schutz vor möglichen Persönlichkeitsrechtsverletzungen (Beleidigungen, Wiedergabe intimer Fotos

etc.) verboten sein. Eine Strafverfolgung soll jedoch nur dann erfolgen, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten ist oder ein in seinen Verletzter Strafantrag stellt.

- Eine „Verfolgung“ der Verletzung der Impressumspflicht durch andere Private auf dem Umweg über das Wettbewerbsrecht ist zu unterbinden. Hierzu soll der Gesetzgeber ausdrücklich festschreiben, dass die Impressumspflicht keine das Marktverhalten regelnde Pflicht i.S.d. §4 Nr. 11 UWG ist.
- Soweit die Anonymität des Internets ausgenutzt wird, um anderen einen Schaden zuzufügen, soll dies gegenüber dem Grunddelikt qualifiziert strafbar sein.

4. Bekämpfung von Betrug und anderen Internetdelikten

Kinderpornographie und andere Formen der Kriminalität verschwinden nicht, wenn wir sie durch Zensur „ausblenden“. Es bedarf einer zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Netzkriminalität und entsprechende Ermittlungsgruppen der Bundespolizei, die über ausreichend geschultes Personal verfügen, um die Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Ebenso wie die Verkehrspolizei aufgrund ihrer besonderen Anforderungen und der notwendigen technischen Spezialausrüstung gesondert organisiert ist, muss dies auch für die „Netzpolei“ gelten. Schärfere Gesetze sind hierfür nicht nötig, die bestehenden reichen aus.

Insbesondere ist der alltägliche organisierte Betrug zu Lasten von Verbrauchern durch Abfallen-Steller und andere Abzocker wirksam und effektiv zu bekämpfen. Der Internetbetrug dürfte an Umsatzstärke den Drogenhandel überholt haben und kann wirklich jeden treffen. Auch und gerade bei massenhaft begangenen Kleindelikten muss die Strafverfolgung effektiv erfolgen.

III. Privat zu Privat: Die Macht über die eigenen Daten zurückgewinnen!

1. „Datenkraken“ wie Google und facebook erheben zahlreiche Daten der Nutzer, um hiermit, bspw. über zielgruppenorientierte Werbung, aber auch durch den Handel mit Datensätzen Geld zu machen. Hierdurch schaffen sich diese Unternehmen Datenpools, von denen selbst Überwachungsjunkies in den Innenministerien nicht einmal zu träumen wagen.

Faktisch ist der gläserne „Netzbürger“ Realität. Wir fordern, dass die Speicherung, Verknüpfung und Weitergabe von personenbezogenen Daten nur nach ausdrücklichen Hinweis und der ausdrücklichen Einwilligung des Nutzers erfolgen darf. Die Erbringung von Internetdiensten darf nur dort von der Erteilung der Einwilligung abhängig gemacht werden, wenn dies für die sinnvolle Erbringung des Dienstes an sich erforderlich ist.

2. Die Netzbürger geben zahlreiche und oft überraschend intime Daten im Netz, insbesondere in sozialen Netzwerken wie facebook, StudiVZ, SchülerVZ u.a. frei. Wir fordern, gesetzlich vorzuschreiben,
 - dass die Privatsphäreinstellungen klar und nachvollziehbar ausgestaltet sein müssen,
 - die Datenfreigabeeinstellung als Startwert auf die restriktivste Stufe einzustellen ist und nur aktiv und bewußt durch den Benutzer gelockert werden kann,
 - dort, wo es sinnvoll und erforderlich ist, die Freigabe bestimmter Daten an die Zustimmung durch Erziehungsberechtigte zu binden.
3. Mit der massenhaften Ausbreitung der Kamerahandys und Webcams sind wir alle dauerhaft der potentiellen Ablichtung durch Dritte ausgesetzt. Derart gewonnene Daten dürfen nicht ohne Zustimmung öffentlich gemacht werden. Gegen die dauerhafte Überwachung durch laufend öffentlich sendende Webcams muss es einen Unterlassensanspruch geben. Soweit der Anspruchsinhaber nur reflexartig betroffen ist, ist der Anspruch durch eine Interessenabwägung einzuschränken.
4. Wir fordern die Erforschung der Möglichkeiten, einmal freigegebener Daten durch eine zentrale Stelle nachträglich zu sperren. Soweit sich zeigt, dass dies umsetzbar ist, fordern wir die Einführung. Es kann nicht sein, dass ein Mitvierziger immer noch von dem Partyfoto verfolgt wird, dass er mit 18 ins Netz gestellt hat.
5. Wir fordern Aufklärung und Schulung der Menschen im Umgang mit persönlichen Daten, auch bereits im Schulunterricht.

Protokoll der Kreismitgliederversammlung am 17. Juni 2010

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder

Ein neues SPD-Mitglied kann begrüßt werden. Hinweis vom Organisationssteam des Sommerfestes: Es werden noch viele Helferinnen und Helfer benötigt. Bericht von Helmut Pfister: Der Agradabeirat hat durchgesetzt, dass es einen Sozialbericht geben wird. Außerdem läuft die Aktion „1 Euro für San Carlos“ wieder.

2. Zivile Konfliktlösung und Entwicklungspolitik als Alternative zu Kriegseinsätzen: Erfahrungen aus der Friedenspolitischen Arbeit – Referat von Reiner Braun

- Der Referent erläutert folgende Themen:
 - Ausgaben (ergo Einsparmöglichkeiten) für Rüstung und Militär in Deutschland
 - Situation in Afghanistan
 - Zustand der Friedensbewegung weltweit und in Deutschland
 - Parteien und Friedenspolitik
 - „Majors for Peace“
- Anschließend Diskussion/Klärung von Fragen

3. Anträge

- Antrag „Frieden für Afghanistan“: Der Antrag wird von der KMV einstimmig beschlossen.

- Initiativantrag „Den schwarz-gelben Angriff auf den Sozialstaat abwehren“

- Änderungsanträge:

- Das Wort „sparen“ soll jeweils durch das Wort „kürzen“ ersetzt werden (vom Antragsteller übernommen)

- Das Wort „Brennelement“ soll jeweils durch das Wort „Uranbrennelement“ ersetzt werden (vom Antragsteller übernommen)

- Unter den Forderungen sollen noch folgende Punkte eingefügt werden: „Kürzung der Rüstungsausgaben; Stopp der Hochrüstungs- und Interventionsprojekte; Abschmelzen des Militärhaushalts; Abschaffung der Rente mit 67; Gemeindefinanzreform, die die Finanzausstattung der Kommunen verbessert“

- Der Initiativantrag wird mit den übernommenen Änderungen von der KMV einstimmig beschlossen. Er soll an den Bezirks-, Landes-, und Bundesparteitag weitergeleitet werden sowie der Bundestagsfraktion zur Kenntnis gegeben werden.

4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften

Es gibt keine Berichte

5. Verschiedenes

- 25.06. Geburtstagsempfang von Wolfgang Vogel

- 30.06. Veranstaltung der Stadtratsfraktion mit Ernst Wolowicz

- 15.07. Kreisvorstand

- 22.07. KMV, Thema Internet

- 09.07. Geburtstagsempfang von Willi Gehr

- Norbert Schulz schlägt vor, wegen der anstehenden von schwarz-gelb geplanten Kürzungen auf die Straße zu gehen und die Gegenposition zu vertreten. Vorschlag von Helmut Pfister: Die Sozialverbände in Erlangen sollen eingebunden werden. Gisela Niclas schlägt als Aktion eine Menschenkette vor. Alle Vorschläge werden vom GKV und KV aufgegriffen, geplant und mit anderen Aktionen koordiniert

- Hinweise auf Chorprobe

- Info zum Volksentscheid „Nichttraucherschutz“

Protokoll der Kreismitgliederversammlung am 22. Juli 2010

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder

Durchgeführt von Dirk Goldenstein

2. „Freiheit und Internet“

- Vorstellung der Ergebnisse der Projektgruppe „Netzpolitik“ durch die Mitglieder der PG
- Im Reader fehlen noch die Texte zur Kulturfltrate (KFR): Werden noch ergänzt, zusammen mit dem Beschluss zum Antrag der PG.

3. Anträge

- Antrag der „Freiheit und Internet – Die SPD muss wieder BürgerInnen-

rechtspartei werden“:

- Synthese aus beiden Varianten der KFR (siehe Beschlussdokumentation)

- einstimmig angenommen

- Antrag „Euro-Krise“: In der vorgelegten geänderten Fassung einstimmig angenommen

- Antrag: „Gute Arbeit sichern“: Zugelassen (Initiativ) und einstimmig angenommen

- Antrag: „Finanzmärkte re-regulieren: zugelassen (Initiativ) und einstimmig angenommen

- Antrag: Den Krieg in Afghanistan beenden“: SPD-KV unterzeichnet For-

derung; einstimmig bei einer Enthaltung angenommen

4. Berichte aus Distrikten und AGs

Keine Berichte

5. Verschiedenes:

- Manfred Kirscher berichtet vom Stadtjubiläum Cumianas

- AsJ hat am 3.8. einen Abend mit Otto Vierheilig, Leiter des Sozialamtes.

- Hinweis auf Aktion „Ein Euro für San Carlos“

- Unabhängig davon: Die Sammlung bei der SPD-KMV hat 27,90 € ergeben.

Bericht über die Fahrt der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus nach Jena zum Erfahrungsaustausch mit den Jenenser SPD Senioren am 30. Juni 2010.

Nun sage noch jemand etwas über die Deutsche Bahn! Um 7.56 Uhr pünktlich von Erlangen abgefahren und ebenso pünktlich um 9.52 Uhr in Jena angekommen, wurde unsere elfköpfige Gruppe von fast ebenso vielen Jenensern am Bahnhof Jena-Paradies in Empfang genommen. Durch die seit mehreren Jahren gepflegten persönlichen Kontakte, war der Empfang überaus herzlich.

Bei strahlendem Sonnenschein ging es dann zum offiziellen Empfang in das Büro des MdL Christoph Matschie, der leider aus terminlichen Gründen nicht anwesend sein konnte.

An seiner Stelle übernahm Ernst Werner, ehem. Landesvorsitzender von 60+ die Begrüßung, nicht nur mit Worten sondern auch mit einer kleinen Stärkung, bestehend aus belegten Brötchen, Wasser und Sekt. Helga Steeger, Vorsitzende des Erlanger Seniorenbeirats, die diese Reise mit Umsicht vorbereitet hatte, überreichte als Gastgeschenk ein Buch mit den Namen Erlanger Straßen und deren Erklärung.

Die Jenenser Senioren hatten ein umfangreiches Programm vorbereitet, und so ging es zügig zur Besichtigung der Stadtkirche St. Michael. Gisela Werner machte uns mit den Sehenswürdigkeiten der spätgotischen, aus einheimischem Muschelkalk gebauten Hallenkirche vertraut, in der sich eine Bronzetafel von Dr. Martin Luther befindet, die ursprünglich als Grabplatte gedacht war.

In kurzen Umrissen erklärte uns Gisela zudem die Entwicklung der Stadt Jena von der Weinbau- über die Universitäts- (gegr. 1558) bis zur modernen Industriestadt, die ihren Aufschwung Zeiss, Abbe und Schott mit der Entwicklung und Herstellung optischer Geräte zu verdanken hat. Nach Aufnahme derart geistiger Nahrung wurde es nun Zeit, auch den körperlichen Hunger zu stillen. Das gelang zufriedenstellend im „Roten Hir-

schen“ dem ältesten Gasthof von Jena. Dort begrüßte uns dann Dr. Jörg Vogel, Kreis- und Fraktionsvorsitzender der SPD. Gestärkt verließen wir dann den Gasthof, um mit der Straßenbahn zur Besichtigung des Wohngebiets Jena-Nord zu fahren.

Dort empfing uns der Ortsteilbürgermeister“ Siegfried Ferge, um uns durch das Gebiet zu führen. Bei dieser Gelegenheit erfuhren wir, dass Jena „27 Bürgermeister“ hat, vergleichbar wohl mit den Ortsbeiräten bei uns. Die Häuser im Gebiet Jena-Nord sind nach Ende des Krieges 1945 gebaut worden.

Sie sind teils drei- bis viergeschossig und erinnern in keiner Weise an die oft aus den alten Bundesländern gezeigten Plattenbauten. Nach der Wende sind sie modernisiert worden und machten auf mich mit den gepflegten Grünanlagen, den Eindruck einer architektonisch gelungenen Siedlung vom Emil-Höllein

in geschoßbauweise. Platz, wo das einzige Hochhaus des Gebietes steht, ging es erst zur Montessori-Schule, mit Schulgarten, Jugendzentrum und „Generationenspielplatz“. Dieser Spielplatz ist eine gelungene Anlage, in der sich in Sichtweite Kleinkinder, größere Kinder und Senioren entspannen können. Für die Senioren

■ Von Ruth Sych

steht das Entspannen allerdings erst an zweiter Stelle, denn die auf dem Platz aufgestellten Geräte dienen in erster

Linie der Körperertüchtigung, sind also Trimmgeräte, zwar nicht so wie in Fitnessstudien, sondern raffiniert die Neugier ansprechende Bewegungsinstrumente. Trotz der großen Hitze, ließen sich manche aus unserer Gruppe nicht davon abhalten, die Geräte aus-

zuprobieren. Sie waren des Lobes voll.

Angemerkt sei, dass der Schulhof auch außerhalb der Schulstunden für die Kinder offen ist. Während der Schulstunden ist die Schule für die Ordnung verantwortlich, nach Schulschluss die Stadt Jena. Wer nun etwa über die Kosten für dieses Spielplatzarrangement wissen möchte, hier ein Zitat aus der Stadtteilzeitung Jena-Nord: „Das Nordlicht“. Nachdem der Stadtrat 2007 den Bau beschlossen hatte, machte sich das Stadtplanungsamt gemeinsam mit Kindern des Stadtgebietes im Februar 2008 Gedanken, wie der künftige Spielplatz aussehen könnte. Der Entwurf von Armin Werner konnte am besten über-

zeugen. Gleichzeitig entwickelten die Mitarbeiter des Begegnungszentrums Jena e.V. die Idee, Spielgeräte für Erwachsene in den Platz zu integrieren. Der Bau begann schließlich im November 2008 auf einer Fläche von 2500 qm. 40 000 € hat

die Stadt für das Grundstück ausgegeben, 260 000 € haben Spielgeräte und



Ortsteilbürgermeister Siegfried Ferge begrüßt die Erlanger Senioren



Empfang im SPD-Haus



Auf dem Generationenspielplatz

der Bau gekostet. Zitat Ende. Anschließend besuchten wir noch das Christliche Gymnasium, das im September 1999 in einer ehemaligen Kaserne unter der Trägerschaft der evangelischen Schulstiftung Deutschlands eröffnet wurde und mit einem solidarisches Finanzmodell von Eltern und Förderern getragen wird. Die Schule führt in acht Jahren zum staatlich anerkannten Abitur, hat Klassen von höchstens 25 Schülern, liegt Wert auf christliche Werte, fördert künstlerische Begabungen ebenso wie selbstständiges Lernen, erhebt keinen Anspruch auf Exklusivität, was die Auswahl der Schüler betrifft und nimmt bis jetzt kein Schulgeld, was sich aber in absehbarer Zeit ändern dürfte. Nach Besichtigung eines brachliegenden ehemaligen Kasernengeländes, das demnächst mit Wohnungen bebaut werden soll, wurden wir in der Begegnungsstätte Closewitzer Straße durch die Leiterin



Test der Bewegungsinstrumente

Senioren waren anwesend und bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, später sogar noch Thüringer Rostbratwürsten und Bier / Wasser entspann sich eine lebhafte Unterhaltung. Da die Zeit schon ziemlich fortgeschritten war, reichte es nur zu einer Kurzbesichtigung des Hauses. Interessant war, dass im Untergeschoß ein Kindergarten

der Einrichtung, Elke Rathke, freundlich begrüßt. Sie stellte uns die Einrichtung vor, die unter dem Motto „Das Band der Generationen“ als Verein geführt wird. Es ist ein Begegnungszentrum für jung und alt und bietet Angebote für Familien, ALG II Beratung, Bewerbungshilfe und Angebote für Senioren. Einige

Senioren waren anwesend und bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, später sogar noch Thüringer Rostbratwürsten und Bier / Wasser entspann sich eine lebhafte Unterhaltung. Da die Zeit schon ziemlich fortgeschritten war, reichte es nur zu einer Kurzbesichtigung des Hauses. Interessant war, dass im Untergeschoß ein Kindergarten



Im Begegnungszentrum

zu Hause ist. Dort waren jedoch lediglich die Sachen der Kleinen untergebracht, da es sich um einen „Waldkindergarten“ handelt. Die Kinder sind das ganze Jahr über bei jedem Wetter im nahegelegenen Wald. Nach einer Verabschiedung mit viel Hallo und Winken, brachte uns Ernst Werner erst zum Bus, der uns zum Bahnhof brachte. Am Bahnhof dann nochmal eine Abschiedsszene mit vielen Grüßen auch an die Partnerstadt Erlangen, verbunden mit dem Wunsch auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr in Erlangen. Ein besonderer Dank gilt Hildburg Hella Korfmann, die sich mir gegenüber als „Rudelführerin“ von SPD

60+ Jena vorstellte, denn ohne sie wäre dieser Bericht nicht so umfangreich ausgefallen. Es gäbe natürlich noch viel zu berichten. Von der Stadtkirche St. Michael, vom Stadtmuseum und auch von der wechselvollen Geschichte des SPD-Hauses. Aber das würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

kostenlos

direktgiro

JETZT zu uns wechseln!

Das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen für Privatkunden:

- keine Grundgebühr
- kein Durchschnittsguthaben
- kein Mindesteingang
- alle SB-Terminal-Buchungen kostenlos
- bei Onlinebanking fallen nur Kosten für die Sicherungsmittel (z. B. chipTAN oder smsTAN) an

Sämtliche Kontoumstellungen erledigen wir gerne für Sie!
Weitere Informationen bei unseren Beratern,
unter 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr),
oder unter www.sparkasse-erlangen.de

 Sparkasse
Erlangen

Geburtstagsempfang für Wolfgang Vogel

Erlangen, im Juli 2010



Liebe Genossinnen und Genossen,
weil mir meine Erlanger SPD mit dem Geburtstagsempfang so ein wunderschönes Geschenk gemacht hat, will ich mich bei Euch allen herzlich dafür bedanken.

Natürlich gilt der Dank in erster Linie unserem Vorstand, der die Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Vielen Dank auch Sabine Wehner und allen HelferInnen, die ein gerüttelt Maß an Organisationsarbeit haben schultern müssen - und die das auch mit Bravour getan haben. Aber Ihr alle habt – auf eben diesen Vorarbeiten aufbauend – durch Euere Anwesenheit, in unzähligen Briefen, Mails und Anrufen diesen Tag dann auch zu einem richtigen Fest werden lassen.



Vielen Dank unserem Kreisvorsitzenden Dieter Rosner, unserem Fraktionsvorsitzenden Dr. Florian Janik und Hildegard Gröger. Alle drei haben natürlich für unsere Partei gesprochen, aber sie haben auch als aufrichtige und langjährige FreundInnen Worte gefunden, die mich persönlich sehr berühren.

Einmal mehr wurde deutlich, dass für uns in Erlangen politische Arbeit dann besonders glaubwürdig und überzeugend ist, wenn sie von freundschaftlicher Solidarität getragen ist. Darum bin ich dankbar, in dieser Erlanger SPD sein zu dürfen, und ich weiß, dass ich ohne unsere Partei, ohne Euch alle nie das hätte tun können, was ich zu tun versucht habe. Und in diesem Sinne machen wir gemeinsam weiter!

Danke und Freundschaft!
Euer Wolfgang Vogel

Danke und Freundschaft!
Euer Wolfgang Vogel



Ingrid Kiewewetter 70: Herzlichen Glückwunsch

Bereits im Juli haben wir ihr zum Geburtstag gratuliert. Es war der siebzigste! Offiziell eingeladen hatte sie niemanden. Trotzdem strömten am Sonntag, den 11. 7. 2010 weit über hundert ganz unterschiedliche Menschen in die Hofer Straße in Büchenbach. Wir alle ließen sie hoch leben und wünschen ihr ein langes Leben.

Nie wieder Krieg...

Ingrid Kiewewetter ist wie viele von uns keine fränkische Ureinwohnerin. Geboren 1940 in Freiwalddau im Ost-Sudetenland erlebt sie im Alter von sechs Jahren die Folgen des furchtbaren, vom faschistischen Deutschland ausgegangenen Weltkrieges: Die Vertreibung aus der Heimat. Es folgt die Einquartierung auf einen Bauernhof in Stegbruck bei Herrieden zusammen mit ihrer Mutter und ihrem einjährigen Bruder. Ihr Vater stirbt 1948 in französischer Gefangenschaft. Viel Verlust für ein Kind von noch nicht einmal 10 Jahren! Ein Schicksal, das sie in diesen schweren Nachkriegsjahren mit vielen Kindern in Deutschland, in Europa und weltweit teilen muss. Aus diesen Kinderjahren zieht Ingrid eine Lehre für ihr gesamtes weiteres Leben. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Bis heute steht sie kompromisslos gegen Gewalt und Krieg; Begriffe wie z.B. humanitäre Militäreinsätze hält sie für eine Verschleierung in Wort und Tat.

Ihr Bildungsweg führt sie über eine katholische Volksschule auf dem Land und die mittlere Reife auf dem Ansbacher Gymnasium für Mädchen zur Ausbildung in eine Steuerkanzlei. Dort vervollkommnet sie ihre Fähigkeiten, souverän und gewitzt mit Zahlen und Geld umgehen zu können – ein „Tugend“, die sie später noch gut gebrauchen kann.

Für später Geborene werden die 68er Jahre zum Anlass, dem „Muff unter den Talaren“ den Kampf anzusagen. Da ist Ingrid längst „unterwegs“, die christliche Botschaft auf ihre Alltagstauglichkeit hin zu hinterfragen. Überhaupt: Hinterfragen, gründlich, hartnäckig, manchmal bis an die Grenze des Erträglichen, das ist eines ihrer Markenzeichen. Eigentlich eine typisch fränkische Eigenschaft, ein Beweis also für Ingrids Integrationsfähigkeit in ihren neuen Kulturkreis!

Kirche ist Diakonie, Sozialarbeit und Ökumene

Seit 1958 residiert im Vatikan mit Angelo Guisepe Roncalli ein neuer Papst: Johannes der XXIII. Spätestens beim 2. Vatikanischen Konzil 1962 wird deutlich, dass dieses Pontifikat geprägt ist von Aufbruchstimmung und Offenheit, vom Geist der Erneuerung; intensive und kontroverse Debatten über christliche Dogmen und wesentliche gesellschaftliche Fragestellungen, wie etwa die nach der Rolle der Kirche im Faschismus, werden geführt. In seiner Enzyklika „Mater et Magistra“ verlangt der Papst soziale Gerechtigkeit und Ausgleich zwischen den Nationen mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft. Johannes der XXIII ist ein Freund der Ökumene, er sucht den Frieden auf Erden – auch und konkret zu den politisch Verantwortlichen hinter



dem Eisernen Vorhang. Seine Enzyklika „Pacem in Terris“ zeigt die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben der Völker auf. Die junge Ingrid, die Krieg, Vertreibung und den Verlust familiärer Geborgenheit erlitten hat, sieht in diesen christlichen Orientierungen die Richtschnur für ihr weiteres Handeln; es stärkt sie in der Überzeugung von der Notwendigkeit, das Himmelreich auf Erden zu schaffen. Tagtäglich. Ein Leben lang.

Ab 1964 studiert sie Religionspädagogik in Freiburg und München, später einige Semester Sozialwesen. Es wird für

■ Von Gisela Niclas Bezirksrätin, Stadträtin



sie die Zeit der kritischen Auseinandersetzung mit der Theologie in der praktischen Anwendung. Sie positioniert sich z.B. ganz klar für die Abschaffung der Bekenntnisschule in Bayern und für das Miteinander im Bildungswesen in gegenseitiger Achtung und Toleranz. Ihre Arbeit als Gemeindereferentin und Religionspädagogin versteht sie vom Ansatz der Diakonie, Sozialarbeit und Ökumene her. Die Menschen bewegen und befähigen, ihr Leben aktiv in die Hand zu nehmen, Selbsthilfe und Hilfe untereinander zu fördern, gemeinsam stark sein, Unrecht nicht hinnehmen,

für Aussöhnung und Frieden einzustehen... so versteht und gestaltet sie ihre Arbeit. Kein Wunder, dass sie mit diesen Grundüberzeugungen in der Gewerkschaftsbewegung, aber auch in Willy Brandts Friedenspolitik und der SPD sozusagen „natürliche Verbündete“ sieht. Sie wird ÖTV-Mitglied und aktive Unterstützerin der SPD.

Suchet das Himmelreich zu (E)rlangen

Nach Stationen wie Rehau, Schwarzenbach und Bayreuth betritt Ingrid 1974 als Gemeindereferentin in der Pfarrei St. Xystus Erlanger Boden, den sie alsbald aktiv zu beackern beginnt im Sinne der o.a. Überschrift. Neben dem

alten Dorf Erlangen-Büchenbach wächst ein neuer Stadtteil. Von ihrer „obersten Leitstelle“ (Zitat Ingrid), der Erzdiözese Bamberg, hat sie den Auftrag, den Aufbau der jungen katholischen Apostelgemeinde voran zu bringen. Gemeinsam mit dem Geistlichen Kunibert Wittwer, den sie als Kaplan aus Rehau-Zeiten bereits kennt, macht sie sich ans Werk. Sie erweist sich auch in Büchenbach bald als erfolgreiche Netzwerkerin; die Diakonische Runde entsteht, ein Arbeitskreis, in dem alle zusammenarbeiten, die in der Jugend- und Sozialarbeit der Kommune, der Kirchen und der Verbände im Erlan-

ger Westen tätig sind. Hier werden nicht nur gemeinsame Strategien entwickelt zur Durchsetzung der notwendigen soziokulturellen Infrastruktur des neuen Stadtteils, von hier gehen auch wichtige Impulse für die Bürgerinnen und Bürger aus, sich aktiv und selbstbewusst in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einzumischen.

Schier Udenkbares wird unter der Regie der „Baufrau“ Ingrid Kiesewetter möglich: Sie bringt die Erzdiözese dazu, noch vor der Errichtung der Apostelkirche einen Kinderhort zu bauen. Und das in einer Zeit, als die katholische Kirche noch darauf beharrt, dass Kinderbetreuung allein Sache der Mütter ist. Allenfalls ein Kindergarten erfährt in dieser Zeit Duldung am kirchlichen Horizont. Kinderkrippe, Kinderhort, Ganztagsbetreuung als notwendige unterstützende Angebote für Eltern und Alleinerziehende zur Vereinbarung von Familie und Beruf ebenso wie zur Gewährleistung gleicher Bildungschancen sind noch nicht „in“. Als es um den Neubau der Heinrich-Kirchner-Schule geht, unterstützt Ingrid tatkräftig die Zielsetzung von Oberbürgermeister Hahlweg und der SPD-Fraktion, hier eine Ganztagschule zu errichten. Sogar die Erlanger CSU trägt den Grundsatzbeschluss im Stadtrat mit. Dass dieser Konsens der Vernunft an der Regierung von Mittelfranken scheitert, spricht nicht gegen ihn sondern gegen die Bildungspolitik der CSU in Bayern.

Die Kinder sind begeistert von ihrem Religions- und Kommuniionsunterricht, sie stellt deren Lebenswirklichkeit in den Mittelpunkt, es geht ihr um Orientierung, um Lebenshilfe im wahrsten Sinne des Wortes. Sie unterstützt Kinder und Familien über mehrere Generationen hinweg in schwierigen Situationen und Notlagen ohne moralischen Zeigefinger und ohne Ansehen von Hautfarbe, Nationalität oder Religionszugehörigkeit. Sie ist längst von einer katholische Gemeindereferentin zu einer universalen Gemeinwesenarbeiterin geworden. Wie überall in der Gesellschaft gibt es auch in der katholischen Kirche unterschiedliche Meinungen. „Zuviel Diakonie, zu wenig Seelsorge“ – auf diesen kurzen Nenner kann man die Kritik bringen, die weniger fortschrittliche Kräfte in der Kirchengemeinde hinter vorgehaltener Hand und in vertraulichen Gesprächen in Bamberg über sie - und nicht etwa offen und im direkten Gespräch mit ihr - formulieren. Als regelrechtes Mob-

Willi Gehr sagt Danke

*Danke...
... der Partei und Fraktion
für die Einladung,
Glückwünsche und Spenden
anlässlich meines 80. Geburtstags
Grüße Ever Willi*



bing hat sie diese Zeit in Erinnerung. Die Erzdiözese weist ihr neue Aufgaben als Religionslehrerin in Nürnberg zu, versucht – ohne dauerhaften Erfolg - , sie von ihrem Himmelreich auf Erden, „ihrem“ Büchenbach zu trennen: Am 1.9. 1990 wechselt sie in den Dienst der Stadt Erlangen und in die Leitung des Bürgertreffs „Scheune“. Arbeitgeber und Arbeitsort ändern sich, nicht aber ihre Überzeugung und ihr Aktionsradius. Das friedliche Miteinander der Menschen, Solidarität der Starken mit den Schwächeren, soziale Gerechtigkeit „urbi et orbi“, in der Stadt und für den ganzen Erdkreis, das bleiben ihre Handlungsgrundsätze.

Sozialdemokratin im Herzen

Die Erreichung ihres Ruhestandsalters 2001 ist für sie noch lange kein Grund, sich zur Ruhe zu setzen. 2002 kandidiert sie auf der SPD-Liste für den Erlanger Stadtrat und wird mit einem überwältigend guten Stimmenergebnis – wen wundert es? – auch gewählt. In ihrer Amtszeit von 2002 bis 2008 ist die Wohnungspolitik ihr Schwerpunkt. In den Aufsichtsrat der Gewobau und in den Bau- und Werkausschuss bringt sie sich als kundige „Baufrau“ ein. Bezahlbare Wohnungen und eine menschengerechte, integrationsfördernde Stadtentwicklung vor allem im Interesse der Schwächeren der Gesellschaft dienen der Stadträtin Kiesewetter als Messlatte für das Funktionieren der Demokratie „vor Ort“: Ein Jugendhaus für das neue Büchenbach gehört dazu ebenso wie eine gute Busanbindung und die Schaffung von genügend Einkaufsmöglichkeiten - aber auch ein würdiger Um-

gang mit den Belangen der Lebens vom Anfang bis zum Ende. Sie ist aktiv in der Bürgerinitiative bei der Verhinderung eines industriell betriebenen privaten Krematoriums in Steudach, sie ist der Motor für die Errichtung der neuen Trauerhalle auf dem Westfriedhof.

Ihre umfassende Kenntnis von ganz unterschiedlichen Menschen und Zuständen bringt so manches Mal den Aufsichtsratsvorsitzenden, den Vorstand und so manchen Sachbearbeiter der Gewobau aber auch der Stadtverwaltung ins Schwitzen. Auch die SPD-Fraktion, und „ihr“ SPD-Distrikt West machen mehr als einmal die Erfahrung, dass sie sich für Diskussionen mit Ingrid Zeit nehmen und starke Nerven behalten müssen.

Sie ist wie kaum jemand sonst die personifizierte Geschichte des „neuen“ Stadtteils Büchenbach. Sie hat in ihrem Leben viele „SPD-Blättle“ verteilt, viele Gespräche geführt, viele Stimmen für die SPD bei Wahlen gewonnen, viel Überzeugungsarbeit geleistet – Mitglied wollte und will sie nicht werden. Sie hat sich schon einmal einer „Großorganisation“ (Zitat Ingrid), der Kirche, ganz verschrieben und wurde bitter enttäuscht. Deswegen legt sie Wert auf ihre ganz persönliche Unabhängigkeit. Wir in der Erlanger SPD haben das respektiert. Wir haben ihr viel zu danken. Ingrids ist und bleibt eine Sozialdemokratin im Herzen.

Herzlichst
Deine
Gisela Niclas

Fördermitgliedschaft in der Michael-Poeschke-Gesellschaft



Liebe Genossinnen und Genossen,
Wieder einmal die Bitte an Euch, die Michael-Poeschke-Gesellschaft durch eine Fördermitgliedschaft zu unterstützen. Einige von Euch tun dies bereits seit vielen Jahren. Durch den Ausfall der Mieteinnahmen – wir haben seit dem letzten Jahr keine Bundestagsabgeordnete – für hoffentlich nur 4 Jahre, ist der finanzielle Spielraum für dringend notwendige bauliche Maßnahmen sehr eng.

Wir können stolz darauf sein, dass wir seit 1977 – also seit über 40 Jahren – im August-Bebel-Haus zu Hause sein können. Das war und ist nur möglich durch jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement bei der Verwaltung und der Erhaltung des Hauses und durch fi-

nanzielle Unterstützung aus den Reihen unserer Mitglieder.

Es wäre schön, wenn sich der eine oder die andere von Euch bereit erklären würde, die MPG durch eine Fördermitgliedschaft zu unterstützen. Auch kleine Beiträge sind willkommen. Unten auf dieser Seite findet ihr einen Aufnahme-Antrag. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir eine positive Resonanz fänden. Ausgefüllte Anträge können im Parteibüro abgegeben werden.

Wir bedanken uns ganz herzlich für Eure Bereitschaft, die Arbeit der MPG zu unterstützen.

Georg Brugger, Vorsitzender
Christa Matern, Kassiererin
Heide Mattischeck, Schriftführerin

Fördermitgliedschaft

Ich möchte Fördermitglied bei der Michael-Poeschke-Gesellschaft e.V. werden.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Wohnort: _____

Mein monatlicher Förderbeitrag beträgt: _____ Euro

Beiträge von Fördermitgliedern sind Zuwendungen im Sinne des § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

Wir sind wegen Förderung der Studentenhilfe nach dem letzten uns zugewangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes Erlangen, StNr 216/109/80454 vom 26.10.2001 für die Jahre 1998, 1999 und 2000 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftsteuer befreit.

Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Studentenhilfe im Sinne der Anlage 1 - zu § 48 Abs. 2 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung - Abschnitt A Nr. 4 verwendet wird.

Hiermit ermächtige ich die Michael-Poeschke-Gesellschaft e.V. zur Abbuchung meines Förderbeitrags.

.....
Konto Nr. Kontoinhaber

.....
Bankleitzahl Bankverbindung

Der Einzug soll erfolgen: monatlich vierteljährlich jährlich ab dem _____
Monat/Jahr

.....
Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift

Die Michael-Poeschke-Gesellschaft lädt ein: Fahrt zur neuen Synagoge in München

Unsere Fahrt nach Dachau im vergangenen Jahr hat guten Anklang gefunden. Viele TeilnehmerInnen äußerten den Wunsch nach einem weiteren Tagesausflug mit interessantem Ziel.

Am **Sonntag, 24. Oktober 2010** fahren wir nach München, um die neue Synagoge zu besichtigen.

Wir werden um 7.45 Uhr von Erlangen mit dem Bus nach München fahren. Am Vormittag ist eine Stadtführung/Rundfahrt geplant und bereits angemeldet.

Am Nachmittag findet die bereits angemeldete Begehung der neuen Synagoge statt. Gegen 20 Uhr werden wir wieder in Erlangen sein.

Die Kosten für den Bus, die Stadtführung und die Synagogenführung werden 25 Euro nicht übersteigen. Einzelheiten und der genaue Ablauf werden den Interessenten selbstverständlich noch mitgeteilt.

Da aus Sicherheitsgründen für die Synagogenbesichtigung alle daran teilnehmenden BesucherInnen namentlich

schriftlich 3 Wochen vorher angemeldet werden müssen, wäre es schön, wenn Ihr Euch bei Interesse bald melden würdet.

Georg Brugger, Heide Mattischeck, Christa Matern

Kontakt über Heide Mattischeck

Telefon: 09545/442377

Fax: 09545/442378

Mail: heide.mattischeck@web.de



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Danke schön

Die Michael-Poeschke-Gesellschaft hoffte, nach der letzten Bundestagswahl die zwei leer stehenden Büro-Räume im August-Bebel-Haus vermieten zu können, bis wir 2013 wieder im Bundestag vertreten sein werden. Das hat leider nicht geklappt. Die uns dadurch entgehenden Mieteinnahmen sind nicht so ohne weiteres verkraftbar und machten eine aufwändige Renovierung unmöglich.

Schorsch Brugger, Jutta Ledertheil mit ihrem Ehemann, Manfred Dohmstreich und Katharina Ullmann ergriffen nicht nur die Initiative, sondern auch Farbe, Pinsel und andere Werkzeuge, und renovierten in ihrer knappen Freizeit einen der beiden Büroräume. Sie investierten nicht nur Zeit, sondern auch Geld in die Einrichtung - für die neuen Regale. Jetzt ist es wieder ein schöner Raum, der auf BesucherInnen einen einladenden Eindruck macht und natürlich für verschiedene Zwecke benutzt werden kann.

Ich finde, dass wir uns dafür einmal ganz herzlich bedanken sollten – soviel Engagement ist so selbstverständlich nicht.

Heide Mattischeck

Zur Rolle der Kreismitgliederversammlung in den letzten 40 Jahren – Lust und Frust

Vorbemerkung

Sandra Radue, unsere stellvertretende Kreisvorsitzende, hat im Auftrag des geschäftsführenden Vorstands die Distrikte aufgefordert, ausgehend von der geringen Resonanz auf Einladungen zur KMV über Ideen zur Verbesserung der Attraktivität der Mitgliederversammlungen nachzudenken. Kernpunkte dieses Schreibens sind im Monatsspiegel in Verbindung mit der Einladung zur Juli-Versammlung des Distrikts West abgedruckt. Ausgehend von eigenen Erfahrungen und Beobachtungen versuche ich einige Gedanken hierzu zu formulieren.

Stärken und Schwächen der KMV in den letzten 40 Jahren

Auf den ersten Blick gibt es keine besonderen Probleme beim Thema „Kreismitgliederversammlung“. Man legt eine Tagesordnung fest und diskutiert und beschließt.

Betrachtet man die Probleme rund um die Kreismitgliederversammlung der Erlanger SPD in den letzten 40 Jahren, stellt man jedoch fest, dass die „Kultur“ und „Struktur“ dieser Versammlungen ein sehr wohl schwieriges Terrain sind.

Es gibt dabei ein sehr ausgeprägtes Spannungsfeld zwischen dem Wunsch der Mitglieder zu offener Diskussion und der Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess und den manchmal unübersehbaren Gestaltungsinteressen jeweiliger Vorstände/Vorsitzender. Letztere möchten z. B. aus ihrer Sicht relevante Themen zur Weiterentwicklung des sozialdemokratischen Bewusstseins in den Vordergrund stellen (VHS-Funktion), was historisch sicher eine große Bedeutung hatte, heute aber in Zeiten eines weit gefächerten Medienangebots in Verbindung mit einer wesentlich besseren schulischen und beruflichen Qualifikation der Mitglieder auf geringe Akzeptanz stößt.

Die Beurteilung der Qualität der KMV kann je nach Rolle im Partegefüge sehr gegensätzlich ausfallen. Soll die KMV ein homogenes die politische Führung des Kreisverbandes stützendes Gremium sein oder soll sie eher Zentrum kreativer politischer Diskussion sein und damit die politische Arbeit des Kreisverbandes prägen?

Im Oktober 1968 verabschiedeten die JUSOs drei Anträge an die KMV zu grundsätzlichen Geschäftsordnungsfragen ausgehend von empfundenen Missständen in den K MVs. Alle bezogen sich auf die Rolle des Versammlungsleiters. Getadelt wird die Versammlungsleitung bei den vorhergehenden K MVs. Gefordert wird eine klare Struktur der Tagesordnung mit den Punkten „Wahl des Versammlungsleiters“, „Behandlung von Anträgen“ und schließlich „Abfrage eventuell weiterer Tagesordnungspunkte“. Des Weiteren wird gefordert, dass der Versammlungsleiter „nicht mit unsachlichen Argumenten wie z. B. der Zeitfrage, Debatten in undemokratischer Weise ab(zu)schneiden“ darf. (Q13)

Diese auf die Versammlungsleitung hin zentrierten Punkte decken sicher nur partiell die Problempalette ab. Sie beschreiben aber einen Kernbereich, der bis heute relevant ist. Als Reaktion darauf entstand über lange Jahre die Praxis, dass jedes Mal ein Versammlungsleiter gewählt wurde, der nicht Mitglied im Vorstand war. Später wurde mit anderen Verfahren ein Versammlungsleiter gefunden. Mal wurden respektierte erfahrene unabhängige Genossinnen und Genossen bestimmt, mal rotierte die Versammlungsleitung zwischen den Distrikten (was nicht selten unproduktiv war, weil nicht immer geeignete Kandidaten verfügbar waren). Immer öfter übernehmen aber auch Vorstandsmitglieder oder vom Vorstand ausgeguckte diesem nahe stehende Genossinnen und Genossen die Versammlungsleitung.

Die Diskussionsfreude innerhalb der K MV lässt sich nicht nur durch einen parteiischen oder guten oder schlechten Versammlungsleiter steuern. Förmliche vermeintlich objektive Spielregeln setzen in der Vergangenheit einen engeren oder weiteren Rahmen für die Diskussions- und Beschlussfreude der Mitglieder. So konnten Anträge nur dann diskutiert werden, wenn sie vorher in Verbindung mit der Einladung veröffentlicht wurden, was bei vorhersehbaren Themen sicher vernünftig ist. (Pervertiert wurde diese Spielregel zeitweise dadurch, dass der Antrag nicht Teil der Einladung war sondern dass darauf verwiesen wurde, dass man sich von einem bestimmten Termin

■ Von Gerd Peters



an den Antragstext im Parteibüro abholen könne). Der Vorstand trägt in diesem Kontext eine erhebliche Verantwortung bei der Auswahl der Antragsthemen, nämlich in Bezug auf eigene oder vermutete Mitgliederinteressen. Auch die Kriterien für die Zulassung von Initiativanträgen zu aktuellen Themen sind relevant. Schließlich gehen von Zeitvorgaben oder Zeitbegrenzungen (z. B. Initiativanträge kommen immer ans Ende der Tagesordnung oder über Anträge darf nur bis zu einer bestimmten Uhrzeit abgestimmt werden) erhebliche Effekte aus. Sie spielen dabei eine nennenswerte Rolle, sie begünstigen oder behindern zugehörige Diskussionen. Auch ein knapper zeitlicher Rahmen (wie aktuell das Ende der K MV um 22.00) reduziert Spielräume für Diskussion drastisch. Mitternacht, wie früher einmal, ist sicher kein optimales Ende. 23.00, lange Jahre üblich, müsste eigentlich eine noch akzeptable Variante sein.

Wichtig ist darüber hinaus die inhaltliche und formale Struktur von Anträgen. Zum einen sind politische Zielformulierung und Begründung klar von einander zu trennen. Der Antragstext muss in seiner Kernaussage knapp und verständlich formuliert sein. Die Begründung für den Antrag darf nicht Teil der Beschlussfassung sein. Gegen diese Spielregeln wurde und wird oft verstoßen. Am gravierendsten war zeitweise die Neigung zu Glaubensbekenntnissen als Kern der Beschlussfassung. (Man verurteilt aufs Schärfste). Der argumentative Gehalt war oft eher mager, die tadelnde Bewertung stand im Vordergrund. Ein Adressat für den jeweiligen Antrag war nicht selten nicht erkennbar; in solchen Konstellationen heißt es oft, die Öffentlichkeit oder der Bundespartei Vorstand ist gemeint. Folgen/Effekte sind damit selten verbunden.

Ein Dauer- und auch Kernproblem der K MVs ist die Kultur des Miteinander. In welcher Intensität darf ernsthaft diskutiert werden? Wie groß ist das Verständnis auch für Minderheitspositionen?

Diesbezüglich gab es in der Erlanger SPD unterschiedliche Perioden. 1968, als der oben berichtete JUSO-Antrag gestellt wurde, war das ein Indiz für Unzufriedenheit mit der damals noch stark durch die Nachkriegszeit geprägten und in einer ganz Großen Stadtratskoalition aus CSU, SPD und FDP politisch agierende Partei mitsamt Stadtratsfraktion.

Die Anträge wurden damals durch die KMV verabschiedet. In den darauf folgenden Jahren gab es einen sehr starken Mitgliederzuwachs und eine ungeahnte Aufbruchstimmung im Gefolge der Willy-Brand-Ära und der lokalen Erfolge der Erlanger SPD bei OB-Wahl, Kommunal- und Bundestagswahl. Eine Phase intensiver und offener, breit angelegter Diskussion wurde Standard. Diese dauerte bis etwas über die Mitte der siebziger Jahre hinaus.

Die Lage veränderte sich allmählich durch die zunehmende Distanz der Erlanger SPD zur Politik der sozial-liberalen Bundesregierung zunächst unter der Führung von Willy Brandt und dann in der Kanzlerzeit von Helmut Schmidt. Es entwickelte sich in der Erlanger SPD als Reaktion auf die Politik der SPD-geführten Bundesregierung ein als „links“ definiertes politisches Selbstverständnis über wahre sozialdemokratische Politik.

Verbunden war dieser Prozess mit einer Etikettierung: wer nicht der Erlanger Linie folgte, war ein „Rechter“ und somit kein guter Sozialdemokrat. Die Toleranz in der KMV, sich Minderheitspositionen anzuhören und sich ernsthaft damit auseinander zu setzen, nahm nachhaltig ab. Dies hatte Folgen für das Miteinander in der Partei. Wer sich nicht der Situation aussetzen wollte, schief angeguckt zu werden, weil er/sie graduell anders argumentierte wie die herrschende Meinung, blieb der KMV fern. Irgendwann trat man dann vielleicht auch noch aus der Partei aus, weil sie kein Kristallisationspunkt für eigene politische Identität mehr war. Wenn trotzdem manchmal kontroverse Diskussionen mit offenen Mehrheiten drohten, wurde eine Klassifizierung von Positionen vorgenommen. Hier die „gute linke Position“, dort die „schlechte rechte Position“. Und dann überlegte man es sich manchmal zweimal, ob man sich wirklich antun wollte, u. U. zu den nicht geschätzten „Rechten“ zu gehören.

Diese machtorientierte Vorgehensweise zur Durchsetzung politischer Positionen, die den Spielraum für offene Mitgliederdiskussion nachhaltig einschränkte, dominierte zwar nicht überwiegend das Erlanger Parteigeschehen, sie war aber

stets relevant und wurde von Seiten der Parteispitze immer dann, auch kurzfristig und plötzlich, eingesetzt, wenn sie glaubte, das Heft nicht voll in der Hand zu haben. Hierdurch wurde das innerparteiliche Klima bis in die neunziger Jahre hinein in erheblichem Umfang geprägt. Danach verlor dieses Schema tendenziell an Gewicht. Anzutreffen ist es aber gelegentlich noch immer. In jedem Fall lässt sich feststellen, dass dadurch die politische Pluralität der Erlanger Partei sehr deutlich schrumpfte mit entsprechenden Rückwirkungen auf ihre Attraktivität in Erlangen. Es sei die These gewagt, auch wenn das nur schwer, mangels breit verfügbarer Daten belegbar ist, dass sich die Sozialstruktur der Erlanger SPD parallel deutlich verändert hat (weniger Selbständige, weniger Leute aus dem liberalen Bürgertum, weniger Hochqualifizierte aus dem Bereich Siemens und aus Unternehmen mit ähnlicher Qualifikationsstruktur).

Dieses Verhaltensschema wirkte sich auch auf die Rekrutierung von Nachwuchs in der Erlanger Parteiführung aus. Im Grunde ist es erstaunlich, in welchem geringem Umfang personelle Veränderungen im Geschäftsführenden Kreisvorstand erfolgten. Relativ wenige Personen dominierten über lange Jahre die Erlanger Parteispitze.

Verbunden war diese Konstellation des „(Nicht-)Miteinanders“, wie sie in den KMV (aber auch in gewissen Umfang im Kreisvorstand) zum Tragen kam, mit einer zunehmend unerfreulichen Kultur von oft diffamierenden Zwischenrufen. Oft hatten diese das Ziel, gute und weniger gute Genossen zu etikettieren. Nicht selten konnten Diskussionsredner mit mehr oder weniger stark von der Mehrheitsmeinung abweichenden Positionen nicht ausreden ohne durch abqualifizierende Zwischen- oder Buhrufe gestört zu werden. Diese negative „Kultur“ verlor im Gefolge der neunziger Jahre allmählich an Bedeutung, sie ist aber immer noch partiell vorhanden, wie es eigene persönliche Erfahrungen aber auch Erfahrungen anderer Genossinnen und Genossen aus den Jahren 2009 und 2010 zeigen. Zum Glück gehören Genossen, die noch in dieser altbewährten Weise agieren, überwiegend zu den Altvorderen. Leider ist es aber so, dass Versammlungsleiter sich dieser unschönen Praxis noch immer nicht genügend energisch widersetzen. Auch in jüngster Zeit, nachdem eine nachhaltige Verjüngung der Erlanger Parteiführung in Gang kam, wurde dieser Missstand durch die jeweils amtierende Versammlungslei-

tung nicht erfolgreich eingedämmt, weil die Versammlungsleiter sich nicht traute, verdiente Altvordere wegen eines Verhaltens, das eine demokratische Partei nicht schmückt, zurechtzuweisen. Über damit zusammenhängende Motive mag ich nicht spekulieren.

Es ist eigentlich nicht überraschend, dass die KMV als eigentlich zentrales Forum der politischen Diskussion im Kreisverband der Erlanger SPD aus den ausgeführten Gründen immer mehr an Attraktivität und somit Bedeutung verloren hat. Man geht oft nicht mehr dahin, weil das Diskussionsklima dort nicht immer reine Freude macht oder wenn dort die politischen Themen nicht diskutiert werden, die einem auf den Nägeln brennen. Vereinzelt gibt es noch eine gute Diskussionskultur in den Distrikten, oft aber haben auch die Diskussionen in den Distrikten sehr unter dem Image der KMV gelitten. In diesem Zusammenhang hört man auch das Argument, dass das Engagement in den Distrikten wegen dieser KMV-Problematik ja doch nichts bringt, denn ohne zusätzlichen Beschluss der KMV ist die Relevanz einer Distriktsbeschlussfassung eher marginal. Anträge aus den Distrikten erreichen entsprechend selten die KMV.

Eigentlich könnte man auch 2010 in ähnlicher Weise ansetzen, wie es die JUSOs 1968 taten. Die Gestaltungsmacht in Sachen KMV könnte wieder durch die Mitgliedschaft übernommen werden. Nur ein grundlegender Unterschied besteht zu damals: in den Jahren ab 1968 drängten jährlich oft mehr als 100 oder 200 neue Mitglieder in die Partei, die den damals erfolgreichen Prozess in Gang setzten. Aber heute tröpfelt es nur beim Zugang neuer Mitglieder. Es dürfte daher heute viel, viel schwerer sein, eingefahrene Strukturen zu verändern.

Bei der Einführung der Distrikte 1971/72 gab es noch eine andere Gestaltungs-idee. Es wurde angezweifelt, ob es klug sei, in Erlangen die Mitgliederdiskussion sowohl auf Distrikts- als auch auf Kreisverbandsebene zu führen. Stattdessen sollte die Distriktsebene das ausschließliche Mitgliederforum sein und auf der Kreisverbandsebene die KMV durch eine Kreisdelegiertenversammlung ersetzt werden. Anträge aus den Distrikten, aber auch aus der Reihe der Delegierten und des Vorstands sollten dort diskutiert werden. Hierfür gab es bei der Satzung beschließenden Kreismitgliederversammlung keine Mehrheit. Aber auch heute dürfte ein solcher organisatorischer Ansatz kaum mehrheitsfähig sein.

Erlangen-Pass statt Bildungschipkarten

In der Diskussion um die sog. „Bildungschipkarte“ wird ein zentraler Kritikpunkt vorgebracht: Die Inhaber der Chipkarte würden als Kinder zweiter Klasse diskriminiert, zudem stehe ein negatives Menschenbild hinter der Idee – Arme Familien würden sich nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern, bereitgestelltes Geld käme nicht bei den Kindern an.

Richtig ist, dass Kinder erster und zweiter Klasse nicht durch eine Chipkarte erzeugt werden, sondern durch die mangelnden Chancen, sich in unserer Gesellschaft ein eigenständiges Leben aufzubauen. In Bayern sind ca. 1,6 Millionen Menschen armutsgefährdet, in Nürnberg gilt jedes 4. Kind als arm. Die Fortschreibung des bayerischen Sozialberichts stellt als einen der größten Risikofaktoren für Armut das dritte Kind fest. Auch Alleinerziehende bewegen sich meist an oder knapp unter der Schwelle zur Armut. Richtig ist auch, dass bestimmte Leistungen zur Förderung von Kindern gut als Sachleistungen

anstelle von Geldpauschalen erbracht werden könnten. Schaut man sich an, was einkommensschwache Eltern für Ihre Kinder wollen, so ergibt sich ein deutliches Bild: Sportverein, Nachhilfe, Instrument erlernen, Fahrkarten.¹

Die „Verpackung“ dieser Leistungen ist letztlich nicht entscheidend, solange die gesellschaftliche Teilhabe der Familien ermöglicht wird. Die Idee einer Karte, z.B. der Erlangen-Pass analog zum Nürnberg-Pass, ist ja schon in vielen Städten bewährt – so kann allen Kindern in der Stadt der Zugang zu Bildungs- und Freizeiteinrichtungen ermöglicht werden.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts fordert die Politik nicht nur auf, die Hartz-IV-Regelsätze zu überprüfen, sondern klagt auch gerade diese Teilhabemöglichkeiten für alle Familien ein. In

¹ „Kinderarmut von Anfang an?“ Eine Untersuchung von W. Wüstendörfer unter Familien mit dem Nürnberger Familienpass in „Armut in der Großstadt“, G. Hopfengärtner (Hrsg.), Nürnberg 2008

■ **Von Angelika Weikert**
Landtagsabgeordnete



Bayern muss sich z.B. endlich Ministerin Haderthauer mit den Sozialreferenten der Städte zusammensetzen und entsprechende Vorschläge erarbeiten. Entscheidend ist, was Kinder überhaupt brauchen, welche Rechte sie und ihre Familien bekommen sollen und wer das ganze organisiert. Die Chipkarte allein gibt noch keine Antworten auf die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Viele Probleme der mangelnden Teilhabemöglichkeiten ließen sich elegant lösen, wenn Kinder in den Schulen individueller gefördert würden, echte Ganztagschulen mit musischen und sportlichen Angeboten alle Kinder erreichten. Auch die vorschulischen Einrichtungen müssen endlich kostenfrei zur Verfügung stehen.

Regionale Versorger sichern Arbeitsplätze vor Ort!

Liebe Genossinnen und Genossen, Zwei Bereiche produzieren derzeit Schlagzeilen: Die Zukunft des Gesundheitswesens und die Atom-Frage in der Energieversorgung. Dabei wird oft vergessen, dass beide Branchen nicht nur lebenswichtige Angebote für die Bevölkerung machen, sondern auch die Wirtschaftskraft steigern und viele Arbeitsplätze sichern.

Beispiel Gesundheitswesen: Auch in unserer Region haben wir zentrale Spitzenmedizin – beispielsweise in Erlangen, Fürth, Nürnberg - und gute Angebote in der Fläche wie im Kreiskrankenhaus St. Anna in Höchstadt. Diese Infrastruktur gilt es, durch eine Verknüpfung Spitzen- und Allgemeinversorgung – beispielsweise durch die Telemedizin- und von ambulanter und stationärer Versorgung langfristig zu sichern.

Die Gesundheitspolitik muss so steuern, dass es für die Patienten passt und eine Flächenversorgung mit spezialisierten Klinikleistungen gesichert ist. Mit Vertretern kommunaler Klinikbe-

treiber bin ich mir dabei einig, dass die aktuellen Reformschritte auch in dieser Hinsicht enttäuschend für Versicherte wie für Kliniken sind: Beiträge zu erhöhen und Leistungen zu kürzen, ist nicht zielführend. Es darf nicht passieren, dass letztlich die Kommunalpolitik entscheiden muss, ob eine Klinik geschlossen wird oder nicht.

Beispiel Laufzeitverlängerung: Hier kämpfen die vier großen Energiekonzerne nicht nur um noch mehr Profite für ihre längst abgeschriebenen Kernkraftwerke, sondern auch um entscheidende Wettbewerbsvorteile gegenüber den kommunalen Energieversorgern. So würde eine achtjährige Laufzeit der AKWs nicht nur Hunderte Tonnen Atommüll bedeuten, sondern auch die Marktanteile und –chancen unserer Stadt- und Gemeindewerke mit Einbußen von rund 3 Mrd. € schmälern.

Diese engagieren sich wie die regional aktive n-ergie, unsere Stadt- und Gemeindewerke überdurchschnittlich stark bei örtlichen Projekten für Solar-

■ **Von Marlene Rupprecht**
Bundestagsabgeordnete



strom, Biomasse oder effiziente Kraft-Wärme-Kopplung. Sie schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung und vor Ort – von jedem Euro Umsatz der n-ergie bleiben beispielsweise 41 Cent in der Region, alleine 7600 Menschen sind durch die Tätigkeit des größten unserer mittelfränkischen Versorger beschäftigt.

Die „große Politik“ hat also Auswirkungen vor unserer Haustür – bei der Krankenhausversorgung, im Energiebereich und bei vielen anderen Themen. Ein Grund mehr für uns Sozialdemokraten, dass wir uns einmischen und den Menschen unsere Alternativen aufzeigen: Denn es geht auch solidarisch!

Mit freundlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

Am 28.07. fand die erste gemeinsame Distriktversammlung nach der durch Kreisvorstandsbeschluss vom 15. Juli 2010 herbeigeführten Zusammenlegung der vormaligen Distrikte Bruck und Anger statt. Über den groben Verlauf und einige Themen, die dort behandelt wurden, möchte ich Euch, weil sie vielleicht für Alle im Kreis wissenswert sind, informieren:

Die Versammlung diente primär dem erstmaligen Kennenlernen. Gekommen waren 7 BruckerInnen und 7 AngerInnen - mehrheitlich aus dem „Urgestein“ der beiden Distrikte zusammengesetzt. Namentlich möchte ich hier für Bruck Martin Scheidig und Norbert Fuchs erwähnen. Ein bisschen schade fanden wir, dass wir auf ein Mitglied des Kreisvorstands an diesem Termin verzichten mussten. (Aber was nicht war, kann ja noch werden!)

Erfreulich ist sicher die auf der Versammlung von Brucker Seite verlautete Aussage, eigentlich sei man dort schon immer der Ansicht gewesen, dass die beiden Distrikte zusammen gehören. Allerdings hatte man zu Vorzeiten in Bruck wohl noch andere Vorstellungen über die Art, wer sich wem anschließen sollte. Wie dem auch sei – wir sind jetzt Eins! Vom Anschluss des Einen an den Andern oder umgekehrt sei nicht die Rede und das Zitat „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ stammt aus zu hohem Munde, um es hier zu bemühen.

Konkrete Aufgaben und Funktionen wurden am 28.07. noch nicht verteilt. Es gab aber immerhin den einstimmigen Beschluss, dass der bisherige Vorstand des Angers die Geschäfte bis zur turnusmäßigen Neuwahl im Februar 2011 für den fusionierten Distrikt weiterführt.

Die Verteilung des MS wurde angesprochen und soll zunächst so bleiben,

wie bisher. Das heißt, im Anger verteilt Georg Seitz und in Bruck wird weiter zugesandt.

Da wir uns auf wechselnde Tagungsorte verständigt haben, ist die nächste

Distriktsversammlung am 6. Oktober, 19.00 Uhr im FSV Bruck

Es wurde der Wunsch geäußert, dann jemanden aus dem KV dabei zu haben, der den Mitgliedern den Zusammenlegungsbeschluss aus Sicht des KV erläutert. Weitere Tagesordnungspunkte sind:

- Geschäftsverteilung, u.a.:
 - Bestimmung und Aufgabenbeschreibung einer/-s Referentin/-en für Brucker Belange aus dem Kreis der Brucker Distriktmitglieder;
 - Verteilung des MS;
 - ...
- Themensammlung zu Brucker Anliegen (bitte Vorschläge mitbringen oder mir im Vorfeld unter Gerd. Worm_SPD@gmx.de zusenden;)
- Bebauung des ehemaligen Friseke&Höpfner-Geländes (Robert Thaler wurde dazu als Vortragender angefragt)
- Bericht vom AK-Anger zum Thema Ganztagszweig an der Pestalozzischule
- Sachstand zur Vorbereitung der Veranstaltung am 14.10. „Werden wir im Alter arm?“
- Sonstiges

Ich freue mich auf rege Beteiligung!
Freundschaftliche Grüße
Gerd Worm

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 21. September,
20 Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ **Distrikt Anger/Bruck**

Vorsitzender:

Gerd Worm

Telefon: 304556

Karl.Gerd@gmx.de

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Manfred Jelden

Telefon: 601333

manfred.jelden@nefkom.net

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder!
Ihr seid herzlich eingeladen, zur nächsten

Distriktsitzung am 21. September, 20 Uhr in den Nebenraum der „Kulisse“ (Theaterstraße)

zu kommen.

Das Treffen ist wieder einmal gemeinsam mit den Erlanger Jusos – und

zwar zum „Erlanger Sozialbericht 2009“. Andreas Richter wird einführend zum Thema referieren, anschließend wollen wir gemeinsam diskutieren und die Daten und Analysen des Sozialberichts politisch einordnen und ggf. eigene Forderungen ableiten.

Wir freuen uns sehr auf Euer Kommen!

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am Dienstag, 21. September, 20 Uhr in der Gaststätte Waldschänke (Sieglitzhof)

Die Tagesordnung wird von der Versammlung aktuell beschlossen.

Bitte merkt Euch bereits unseren Oktobertermin, Dienstag, den 19.10., vor.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig Birgit Hartwig

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Klaus-Dieter Birkner
klausdieterbirkner@arcor.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am Mittwoch, 22. September, 20 Uhr im Röthelheim-Biergarten

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

Kurzprotokoll der Distriktsitzung am 14.07.2010

Schwerpunkt der Distriktsitzung war in erster Linie die 140-Jahr-Feier der SPD Erlangen am 11.09.2010. Brigitte Rohr gab einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen und erläuterte dann die Beteiligung des Distrikts an der Feier, also die Betreuung des Kuchenstandes und das Thema „Partnerstädte“. Es wur-

den verschiedene Modelle diskutiert, wie die einzelnen Städte so gezeigt werden können, dass jeder eine Vorstellung davon bekommt, wo die Städte in den einzelnen Ländern liegen (Norden, Süden, Osten, Westen). Außerdem sollen Fotos von den Partnerstädten und gemeinsamen Veranstaltungen/Treffen/Besuchen möglichst auf Plakatständern aufgestellt werden.

Der Distrikt will die Gelegenheit auch nutzen, um sich vorzustellen. Auf dem Sommerfest soll deshalb ein Foto von möglichst vielen Distriktsmitgliedern aufgestellt werden ==> Die Gruppenaufnahme wird am Mittwoch, dem 11. August 2010 bei der nächsten Distriktsversammlung gemacht – Aufhübschen nicht vergessen!!!!!!

Die letzten Vorbereitungen für das Sommerfest werden dann bei der nächsten Distriktsversammlung besprochen.

Für das Protokoll
Günter Laurer

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 14.09.2010, 20.00 Uhr, Schlossgast- stätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Rückblick auf Kerwa, Tennenloher Kunstpreis, TB
3. Vorbereitung zur Sonder-KMV am 16.09.
4. Vorbereitung von Ortsbeiratssitzung (22.09.) und Stadtratssitzung (30.09.)
5. SPD-Wanderung am 3.10.
6. TB Verteilerbereiche
7. Verschiedenes.

Vorankündigung der nächsten Distriktversammlung: 12.10., 20.00 Uhr. Schlossgaststätte

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 13.07.2010

1. Seniorengerechtes Wohnen in Tennenlohe

Gertrud Reich-Schowalter berichtet von der Besichtigung der Seniorenwohnanlage in Buckenhof, die dort kostengünstig Wohnungen an Buckenhofer Bürger vermietet. Auch wenn es keine Pflegeabteilung gibt, könnte es doch ein interessantes Konzept für die Bebauung des Perimedgeländes in Tennenlohe sein. Eine Entscheidung zur Nutzung des Geländes ist im Stadtrat noch nicht gefallen. Die Verwaltung hat den Auftrag erhalten, erneut mit dem Bauträger über eine Lösung zu verhandeln, die den Wünschen der Bürger entgegenkommt. Der Seniorenbeirat der Stadt Erlangen hat einen Ideenwettbewerb ausgerufen, dessen Ergebnis in der Entscheidung des Stadtrats berücksichtigt werden soll.

2. Gewerbegebiet G6

Der Heimatverein hat sich in einem Brief an den Oberbürgermeister Dr. Balleis gegen das Gewerbegebiet G6 ausgesprochen und ihn eindringlich ge-

beten, die Planungen nicht gegen den Willen der Tennenloher Bürger durchzudrücken. Die örtliche Initiative hat das Thema mit dem CSU-Stadtrat Herrn Sapmaz erörtert und hat ihm die Argumente gegen das G6 erläutert. Der Ortsbeirat wartet noch auf eine Antwort zu den Fragen und Einwendungen, die auf der letzten Sitzung zum G6 an die Verwaltung gestellt wurden. Das Thema wurde auf der letzten Stadtratssitzung vertagt und soll am 29.7 erneut verhandelt werden [inzwischen auf den 30.09. vertagt].

3. Ortsbeirat

Die nächste Ortsbeiratssitzung am 21.7.2010 wurde von der Verwaltung im Einvernehmen mit der Ortsbeiratsvorsitzenden „mangels“ Themen auf Mitte September verschoben. Die Mitglieder wurden sehr kurzfristig informiert. Nach einem Protestschreiben von Gertrud Reich-Schowalter konnte durchgesetzt werden, dass zumindest ein internes Abstimmungstreffen der Ortsbeiräte stattfindet.

Die angesprochene Themen umfassen: ‚Gefahr von Überschwemmungen durch Platzregen, die aktuelle Entwicklung zum G6, Situation des Jugendclubs in Tennenlohe, Bebauung am Perimed-Gelände und Verkehr- und Parksituation am Leitensteig und in der Täublingsstraße.

4. Kunst und Kerwa in Tennenlohe

Die Kerwa findet – wie immer – am 3. Wochenende 13.-16. August statt. Kerwaburschen, Vereine und Gruppierungen treffen sich am Freitag um 18.00 zum Einzug ins Festzelt. Anstich durch Alfred Opitz, verdienter Kerwabursch, ehemaliger Ortsbeirat und langjähriges SPD-Mitglied.

Der Kunstkreis hat zum ersten Mal den Tennenloher Kunstpreis ausgeschrieben, der von der Firma „Der Beck“ gestiftet wird. Bewerben konnten sich Studenten von Kunsthochschulen, die ihre Werke vom 13. bis 15 August auf der Wiese an der Wied ausstellen werden. Am Freitag um 17.00 findet zur Einstimmung eine Eröffnung der Ausstellung im Arvena Hotel statt.

5. Tennenloher Bote

Der nächste Tennenloher Bote wird rechtzeitig vor der Kerwa verteilt. Themen gibt es genug.

Hans Hauer

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Protokoll der Distriktsversammlung vom 21.7.2010

Anwesend waren 11 Genossinnen und Genossen.

Zentrales Thema war, ausgehend von einer Umfrage des GKV, die Rolle der Kreismitgliederversammlung im Kreisverband. Anlass dafür ist der unbefriedigende Besuch durch die Mitgliedschaft. Ausgangspunkt war ein Papier von Gerd Peters zur Rolle der KMV in den letzten 40 Jahren einschließlich der jeweils auftretenden unterschiedlichen Problemlagen. Es entwickelte sich eine längere intensive Diskussion zum Thema. Nachfolgend seien die Hauptstränge der Diskussion referiert:

- viel zu wenig Diskussion zu aktuellen Themen
- ein intensives Diskutieren wäre wichtig für die Bildung von politischen Einschätzungen aber auch z. B. als Feedback für die Stadtratsarbeit und deren konzeptionelle Weiterentwicklung
- KMVs sind oft arg ritualisiert
- besser wäre folgende Struktur: ein Schwerpunktthema und eine breitere Diskussion aktueller Themen
- die KMV sollte keine Volkshochschule für Mitglieder sein; historisch mag das sinnvoll gewesen sein, im Zeitalter eines sehr vielfältigen Medienangebots in Verbindung mit einem deutlich höheren Bildungsniveau ist der VHS-Strang eher überflüssig
- ein Ende um 22.00 ist unzumutbar und nicht erforderlich, 22.30 oder auch 23.00 würde viel mehr Spielraum für Diskussion ermöglichen
- die Einbindung neuer Mitglieder in

die aktuelle Parteilinie ist wenig geglückt. Bei offenerer Diskussion hätten es Neue leichter, sich einmal mutig zu Wort zu melden, es darf dann aber nicht vorkommen, dass durch unqualifizierte Zwischenrufe / Pöbeleien wegen vermeintlich falscher Argumente Motivation zerstört wird

- eine faire Diskussionskultur in der KMV ist wichtig
- mehr öffentliche KMVs mit aktuellen Themen und kompetenten Referenten sollten stattfinden
- Altlasten im Miteinander ausgehend von früheren Konflikten erweisen sich immer wieder als belastender Faktor (vermeintliche individuelle Meinungsführerschaften sind noch nicht verschwunden), eigentlich ist das sinnlos und überflüssig; der Sachbezug sollte immer Priorität haben
- das Papier von Gerd P. wurde als eine nützliche Unterlage für die Diskussion angesehen

Gesprochen wurde auch über künftige Themen des Distrikts. Im September soll – witterungsabhängig – relativ kurzfristig – ein sommerliches Treffen, möglicherweise in Burggrub, organisiert werden. Für Oktober sollte ein Vortreffen in der Marienstraße mit anschließender Diskussion zwecks kennenlernen der Situation im Bereich der Verfügungswohnungen ins Auge gefasst werden. In absehbarer Zeit sollte auch ein Termin geplant werden, der sich mit der Situation von Behinderten in Erlangen befasst, ggf. in Verbindung mit der „Lebenshilfe“.

Protokollführung: Gerd Peters

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 14. September, 15 Uhr im August-Bebel-Haus



Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Altersgerechtes Wohnen in Erlangen
3. Verschiedenes

Wir wollen das Thema vom 14. Juli „Stadtplanung unter dem Druck des demographischen Wandels“ vertiefen.

Ich hoffe auf rege Mitarbeit und grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.wiechert@t-online.de

Konsumkritische Stadtführung Mittwoch, 15. September, 18 Uhr

- Dauer: ca. 1,5 Stunden
- Treffpunkt: Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7

Julie Mildenberger führt uns quer durch die Innenstadt, auf den internationalen Spuren unseres Konsums – Globalisierung ist längst ein Teil des Alltags geworden. Wir folgen den Spuren ganz alltäglicher Verbrauchsgüter, die auf ihrem Weg in das Geschäft um die Ecke oft die ganze Welt bereisen. Und wir wollen zeigen, welche Alternativen wir KonsumentInnen haben, wie wir durch unser Verhalten Einfluss auf weltweit agierende Unternehmen ausüben können.

Herzliche Einladung an alle Interessierten!

■ **AsF**

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur nächsten

Mitgliederversammlung des Juso-Unterbezirks am Dienstag, den 28. September, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Thema: Verbesserung der Erwerbslosensicherung: Korrektur der Fehler bei Hartz. Wie kann ein solidarisches System aussehen? Welche Ideen stecken hinter dem bedingungslosen Grundeinkommen?

Mit sozialistischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Vorsitzender

■ **Jusos (Unterbezirk)**

Vorsitzender:

Dr. Andreas Richter
Telefon: 501479
andreas.m.j.richter@web.de

140 Jahre



11. September 2010, Neustädter Kirchenplatz

Programm:

14 Uhr: Rundgang zur Geschichte der SPD in Erlangen

Start am August-Bebel-Haus (Friedrich-List-Str. 5), Dauer ca. 1 h 45 min

16 Uhr: Eröffnung am Neustädter Kirchenplatz

ab 18 Uhr: Musik von Atze Bauer

Ende gegen 20 Uhr

**Außerdem: Projektchor „Hör’ mal rot!“ (unter Mitwirkung der Musikwerkstatt),
Tanzeinlagen des Erlanger Tanzhauses, Spiele für Kinder, Kaffee und Kuchen,
Leckeres vom Grill, Getränke, Cocktails**